

# SRG SSR Wahlbarometer

Hauptbericht – September 2019



### **Auftraggeber**

Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

### **Auftragnehmer**

Forschungsstelle sotomo  
Dolderstrasse 24  
8032 Zürich

### **Autor/-innen:**

Michael Hermann  
David Krähenbühl  
Gordon Bühler

Andreas Ladner, IDHEAP

Zürich, September 2019



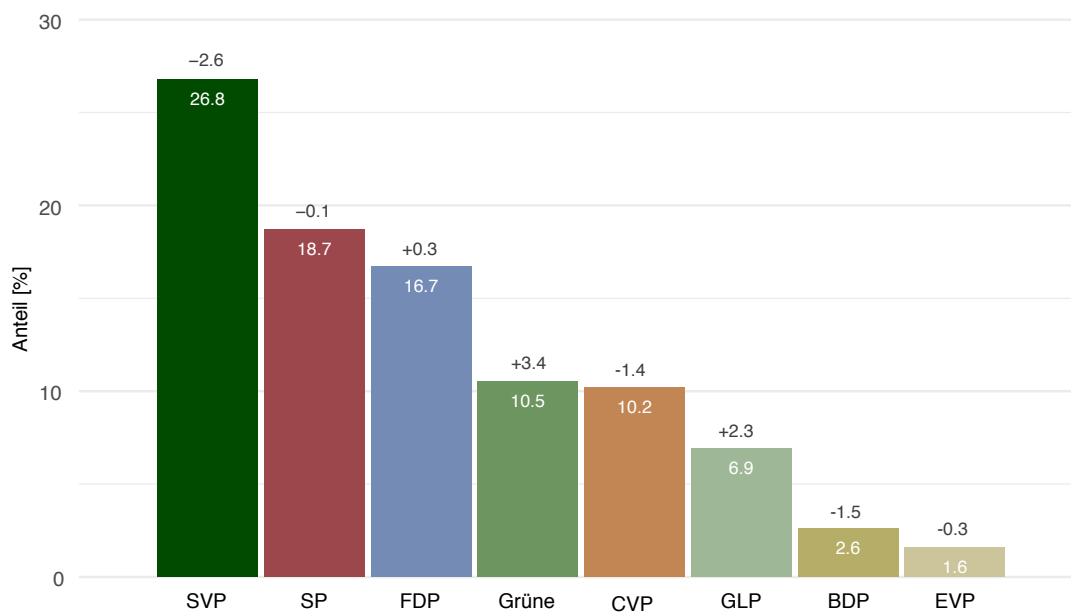
# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Aktuelle Wahlabsicht</b>	<b>4</b>
1.1	CVP bald nur noch fünftgrösste Partei? . . . . .	4
1.2	SVP stabilisiert Rückgang, BDP nicht . . . . .	5
1.3	Links gewinnt, Mitte sortiert sich neu . . . . .	6
1.4	Deutsch- und französischsprachige Schweiz im Vergleich . . . . .	7
1.5	Wählerwanderungen: Rolle der Mobilisierung . . . . .	8
<b>2</b>	<b>Einschätzung Wahlentscheid und Wahlausgang</b>	<b>11</b>
2.1	Zuversicht im Mitte-Links-Spektrum . . . . .	11
2.2	Frauenwahl . . . . .	12
2.3	Kampf um die politische Ausrichtung . . . . .	15
<b>3</b>	<b>Wichtigste politische Herausforderungen</b>	<b>18</b>
3.1	Stabile Themenkonjunktur . . . . .	18
3.2	Herausforderungen nach demographischen Kriterien . . . . .	20
3.3	Sprachregionale Unterschiede . . . . .	22
3.4	Parteihängerschaften und politische Position . . . . .	23
<b>4</b>	<b>Profil der Parteiwählerschaften</b>	<b>28</b>
4.1	Demographie: Geschlecht und Alter . . . . .	28
4.2	Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen . . . . .	29
4.3	Wahlentscheid Auslandschweizer/-innen . . . . .	31
4.4	Selbstpositionierung im Links-rechts-Spektrum . . . . .	32
<b>5</b>	<b>Bundesrat und Parlament im Urteil der Stimmberechtigten</b>	<b>34</b>
5.1	Einfluss und Sympathie der Bundesratsmitglieder . . . . .	34
5.2	Zufriedenheit mit dem Ständerat am grössten . . . . .	38
5.3	Einschätzung der politischen Ausrichtung der Räte . . . . .	39
<b>6</b>	<b>Datenerhebung und Methode</b>	<b>42</b>

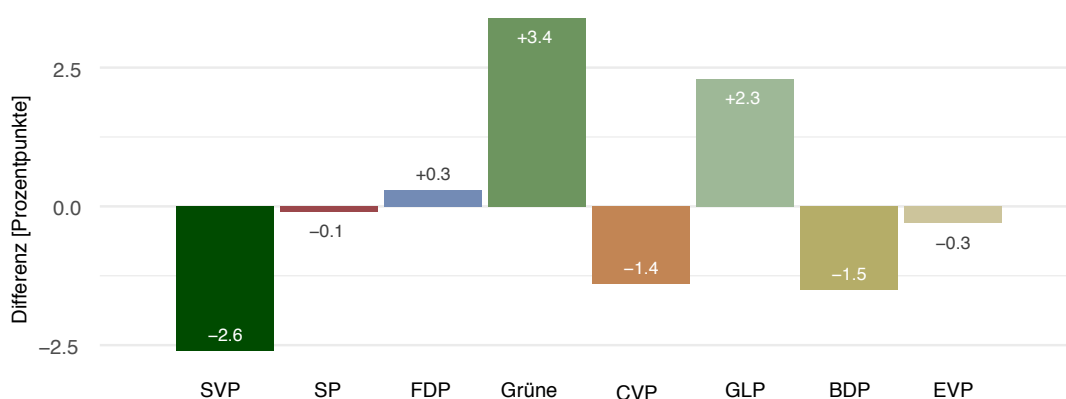
# 1 Aktuelle Wahlabsicht

## 1.1 CVP bald nur noch fünftgrösste Partei?

Die «grüne Welle» hat über den Sommer nicht an Kraft verloren. Im Gegenteil: Weniger als zwei Monate vor den nationalen Wahlen 2019 steigert sich die Grüne Partei erneut und steht gemäss aktueller Wahlabsicht bei einem Wähleranteil von 10,6 Prozent. Dies entspricht einem Plus von 3,4 Prozentpunkten. Das ist der beste Wert aller Wahlbarometerbefragungen dieser Legislatur und es wäre das beste Wahlresultat, das die Grünen je in der Schweiz erzielt haben. Den bisherigen Bestwert erreichte die Partei bei den Wahlen 2007 mit 9,6 Prozent.



**Abbildung 1:** Nationale Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht



**Abbildung 2:** Gewinne und Verluste im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2015

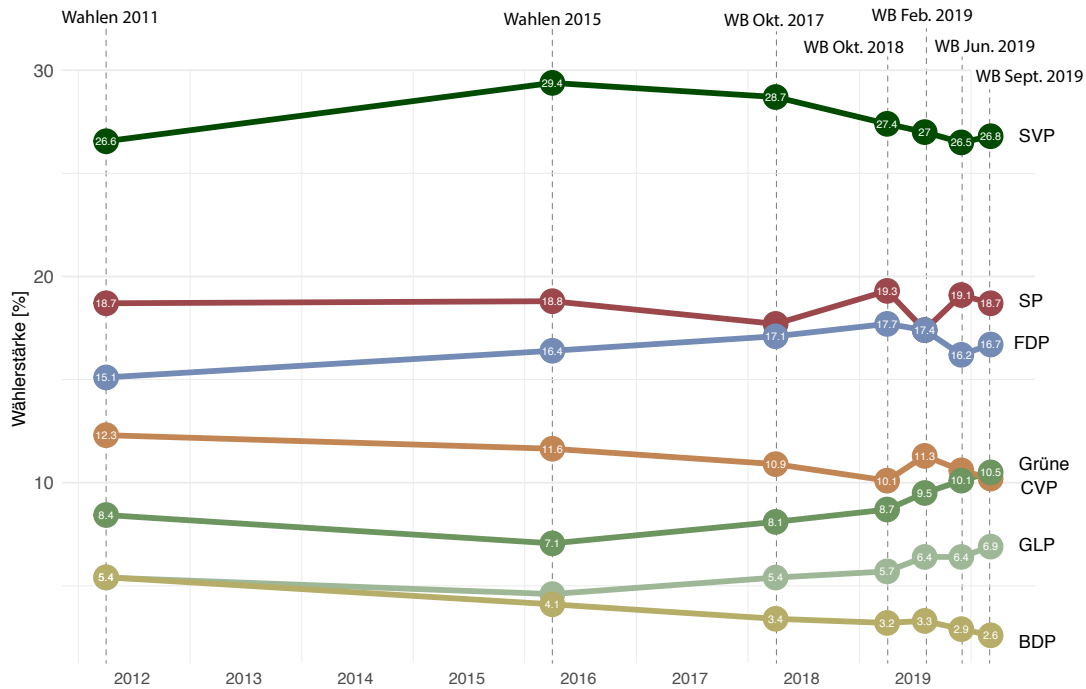
Im Windschatten der Grünen gewinnen auch die Grünliberalen an Fahrt. Sie liegen derzeit bei 6,9 Prozent. Damit übertreffen sie den eigenen Bestwert von 5,4 Prozent (2011) noch etwas deutlicher als die Grünen den ihren. Die beiden Parteien des grünen Spektrums, die in vielen Fragen unterschiedlich positioniert sind, erreichen zusammen gemäss aktueller Einschätzung einen Wähleranteil von 17,5 Prozent. Auch wenn sich diese nicht in einen Topf werfen lassen, ist es dennoch bemerkenswert, dass sie zusammen mehr Wählende auf sich vereinen als die FDP, die ihren Wähleranteil gemäss Umfrage halten kann.

Gelingt den Grünen ein derart grosser Sprung nach vorne, dann spricht einiges für einen Wechsel in der Rangfolge der wählerstärksten Parteien. Die CVP weist aktuell ein Minus von 1,4 Prozentpunkten aus. Mit einem Wähleranteil von 10,2 Prozent würde sie zwar die symbolisch wichtige Zehnprozenthürde schaffen und wäre dennoch hinter den Grünen platziert. Allerdings beziehen sich die hier abgebildeten Wähleranteile natürlich nur auf den Nationalrat. Mit ihren starken regionalen Hochburgen bleibt die CVP in der zweiten Kammer, dem Ständerat, auch nach den Wahlen voraussichtlich eine Macht, während die Grünen dort weiterhin nur eine marginale Rolle spielen dürften.

## 1.2 SVP stabilisiert Rückgang, BDP nicht

Das vorliegende Wahlbarometer ist das vierte in den vergangenen zwölf Monaten und das erste, bei dem die Wählerverluste der SVP im Vergleich zu 2015 nicht weiter zugenommen haben. Mit einem Minus von aktuell 2,6 Punkten würde sie einen Wähleranteil von 26,8 Prozent erreichen. Dieser Wert ist vergleichbar mit ihren Ergebnissen von 2003 und 2011. Nur bei den Wahlen von 2007 und 2015 war sie noch besser. Die SVP befindet sich gegenwärtig nicht in Bestform. Trotz erwarteter Verluste bleibt die Partei, die mit Abstand stärkste Kraft und verliert gegenwärtig weniger als ein Zehntel ihrer Wählerschaft.

Anders sind da die Verhältnisse bei der BDP. Sie verliert zwar «nur» 1,5 Prozentpunkte. Diese Zahl entspricht jedoch mehr als einem Drittel ihrer Wählerschaft. Der Negativtrend hat sich seit den letzten Wellen des Wahlbarometers verstärkt. Womöglich hat das schlechte Abschneiden der Mittepartei in den kantonalen Wahlen im Frühjahr das Vertrauen in deren Zukunftsfähigkeit bei einem Teil der Wählenden in Frage gestellt. Insgesamt zeigt das Wahlbarometer zwei Parteien (GP, GLP) mit einem positiven Trend, der sich weiter verstärkt. Zwei Parteien (CVP, BDP), deren Negativtrend stärker wird. Dazu kommen zwei Parteien (SP, FDP), die seitwärts tendieren und zugleich als vergleichsweise volatil erscheinen. Die SVP schliesslich hat sich im Minus stabilisiert. Die Schätzgenauigkeit ist vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von +/-1,2 Prozentpunkten.

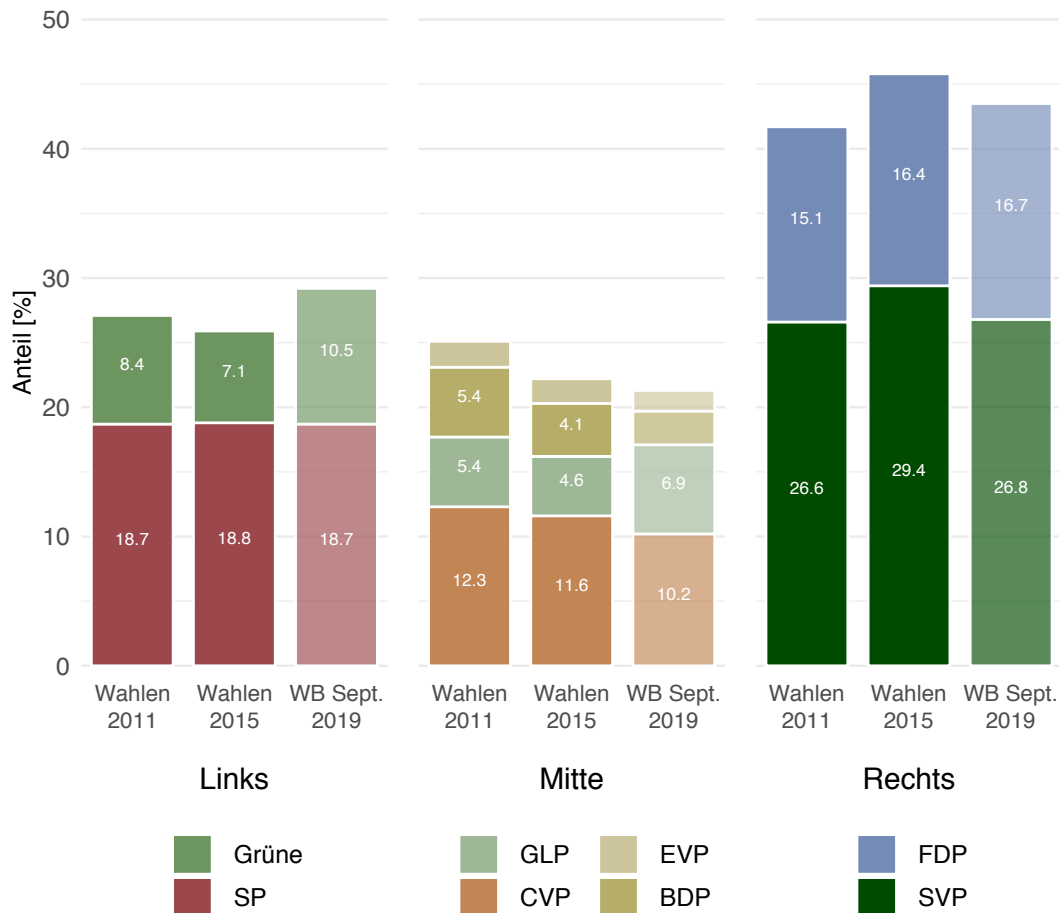


**Abbildung 3:** Entwicklung der nationalen Wähleranteile (Nationalratswahlen 2011, 2015 / SRG Wahlbarometer 2017 bis 2019)

### 1.3 Links gewinnt, Mitte sortiert sich neu

Auch im neusten SRG Wahlbarometer zeigt sich insgesamt eine Verlagerung der Kräfteverhältnisse nach links. Weil die Grünen deutlich gewinnen und sich die Sozialdemokraten dennoch halten können, legt das rotgrüne Lager aktuell 3,3 Punkte zu. SVP und FDP, die beiden Parteien rechts der Mitte, verlieren demgegenüber 2,3 Punkte. Eine solche Verschiebung der Kräfteverhältnisse um wenige Prozentpunkte wäre in Parlamentswahlen im europäischen Umland Ausdruck von Stabilität. In der Schweiz kommen sie einem deutlichen Linksrutsch gleich.

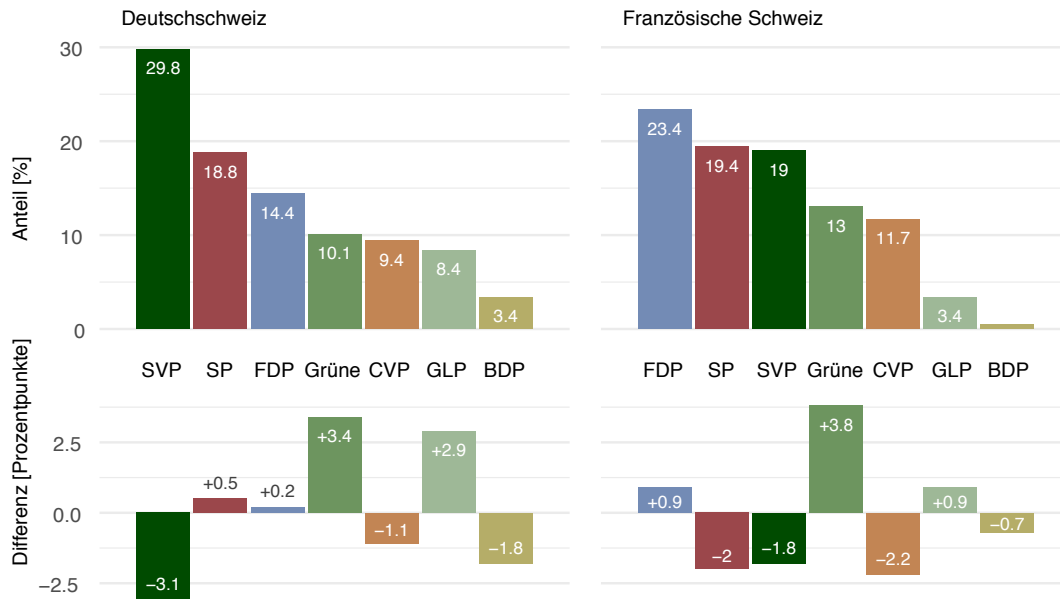
Die Mitte sortiert sich neu. Neben der BDP und der CVP, die deutlich verlieren, liegt auch die EVP leicht im Minus. In der Summe verlieren diese drei Parteien 3,2 Prozentpunkte. In der Mitte können einzig die Grünliberalen positive Umfragewerte (+2,3) vorweisen. Dies zeigt, dass die Erosion der politischen Mitte im Schweizer Parteienspektrum, die sich im Jahr der «neuen Mitte» 2011 kurzzeitig ins Gegenteil verkehrte, offenbar weitergeht. Dazu passt, dass sich die gegenwärtig einzige Mittepartei im Trend, die GLP, an sich gar nicht als Mittepartei versteht, sondern sich am progressiv-liberalen Pol positioniert, der zwar weder links noch rechts liegt und doch nicht in der Mitte.



**Abbildung 4:** Entwicklung der Wähleranteile der drei Lager Links, Mitte, Rechts

## 1.4 Deutsch- und französischsprachige Schweiz im Vergleich

Die nationalen Trends in den Parteienstärken sind in den beiden grossen Sprachregionen oftmals nicht gleich ausgeprägt oder sogar gegenläufig. Gegenläufig ist aktuell allerdings nur die Entwicklung der SP. Die Sozialdemokraten verlieren in der Romandie deutlich, während sie in der Deutschschweiz ein leichtes Plus verbuchen. Zwar nicht gegenläufig aber zumindest unterschiedlich stark ausgeprägt sind die Trends bei den meisten anderen Parteien. So verliert die CVP gemäss aktuellem Wahlbarometer in der Romandie doppelt so viele Prozentpunkte wie in der Deutschschweiz. Die SVP und BDP dagegen verlieren insbesondere in der Deutschschweiz – dort, wo sie ihre Hochburgen haben. Dies gilt mit umgekehrten Vorzeichen auch für die beiden momentanen Gewinnerparteien. Die Grünen sind stärker in der Romandie und legen dort auch stärker zu als im östlichen Landes- teil. Die Grünliberalen sind dagegen vor allem eine Deutschschweizer Partei und werden dies auch nach den nächsten Wahlen bleiben.



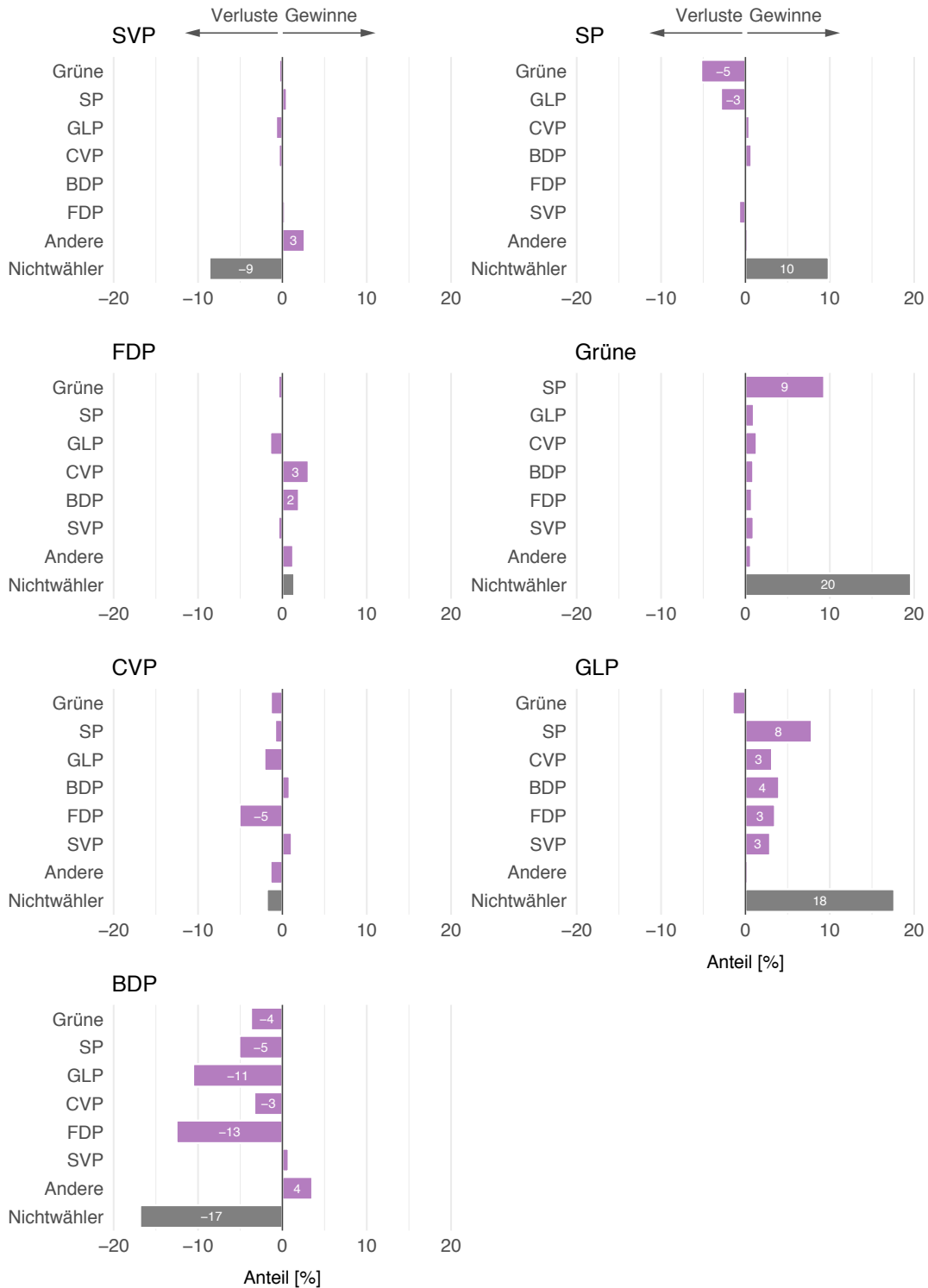
**Abbildung 5:** Nationale Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht sowie Gewinne und Verluste im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2015 – nach Sprachregion

## 1.5 Wählerwanderungen: Rolle der Mobilisierung

Die aktuellen Gewinne und Verluste der Parteien sind eine Folge von Wählerwanderungen. Wählerwanderungen bestehen jedoch nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch zwischen der Gruppe der Wählenden und jener der Nicht-Wählenden. Zu den Nicht-Wählenden gehören dabei nicht nur jene, die freiwillig auf eine Teilnahme verzichten, sondern auch jene, die vor vier Jahren noch nicht stimmberechtigt waren oder inzwischen verstorben sind. Die Auswertung der Wählerwanderungen ( Abb. 6) zeigt pro Partei die Bilanz ihrer Wählerwanderungen. Der dargestellte Wert entspricht jeweils der Differenz zwischen jenen, welche die Partei 2019 neu wählen und jenen, die sie 2015 gewählt hatten und nun nicht mehr wählen.

Die Auswertung zeigt die Wichtigkeit der Mobilisierung von ehemaligen Nicht-Wählenden für den Wahlerfolg. Sowohl die Grünen als auch die Grünliberalen verdanken einen wesentlichen Teil ihrer Zugewinne einer positiven Bilanz in Bezug auf die Nicht-Wählenden. Zu dieser Gruppe gehören sowohl Erstwählende als auch Personen, die 2015 auf eine Stimmabgabe verzichtet hatten. Einen substantiellen Wählerzuwachs haben die Grünen daneben nur von Seiten der SP.





**Abbildung 6:** Wählerwanderungen aus Sicht der sieben grössten Parteien. Dargestellt ist die Bilanz der Ab- und Zuwanderungen in Prozent der Wählenden gemäss aktueller Wahlabsicht. Lesebeispiel: Vom erwarteten Total der Wählenden der Grünen gehen 20 % auf ehemalige Nichtwähler und 9 % auf ehemalige Wählende der SP zurück.

Anders sieht es bei der GLP aus. Auch sie weist eine klar positive Bilanz gegenüber der SP auf. Zugleich spricht sie aber auch Wechselwählende aus dem bürgerlichen

Spektrum an. Entgegen der allgemeinen Erwartung steht dabei jedoch nicht die FDP im Vordergrund. In der aktuellen Umfrage profitieren die Grünliberalen stärker von ehemaligen BDP- als von ehemaligen FDP-Wählenden. Doch aufgepasst: Die Darstellung zeigt nur die Wanderungsbilanz. Tatsächlich gewinnt die GLP mehr Wählende von der FDP als von der BDP, sie verliert aber zugleich auch mehr Wählende an die Freisinnigen als an die BDP.

Interessant ist die Bilanz der SP. Diese verliert viele Wählende an die Grünen, aber auch an die Grünliberalen. Und sie gewinnt von keiner Partei substantiell Wählende hinzu. Ihren aktuellen Wähleranteil kann die Partei nur halten, weil es ihr gelingt, ehemalige Nicht-Wählende zu mobilisieren. Gelingt es der Partei nicht, ihr Mobilisierungspotenzial am 20. Oktober an die Urne zu bringen, wird sie zu den Verlierern der Wahl gehören.

Ein Mobilisierungsproblem hat dagegen die SVP. Ihre aktuell prognostizierten Verluste gehen einzig auf das Konto der Nicht-Wählenden. Dabei geht es allerdings nicht nur um die Demobilisierung der eigenen Basis, sondern auch um die Altersstruktur ihrer Wählerschaft. Heute schneidet die SVP bei den Jungen schlecht ab und gewinnt deshalb wenig Neu-Wählende während sie überproportional viele aufgrund von Alter und Tod verliert.

Nicht die grösste Zahl aber den grössten Anteil an Wählenden verliert momentan die BDP. Wie bei der SVP spielt auch bei der BDP die Demobilisierung eine wichtige Rolle. Dazu kommen allerdings auch substantielle Verluste Richtung FDP und GLP.

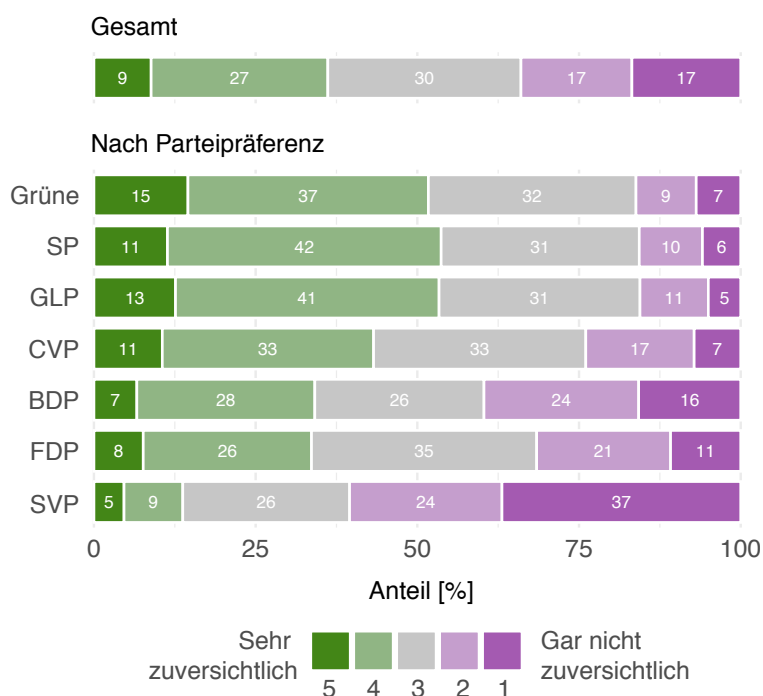
Von den Parteien, die klar auf der Verliererseite stehen, hat einzig die CVP kein Demobilisierungsproblem. Die CVP verliert aktuell jedoch relativ viele Wählende an die FDP.

Die FDP schliesslich weist eine auffällig ausgeglichene Bilanz aus. Die Bilanz täuscht allerdings darüber hinweg, dass im Wahlkörper der FDP viel in Bewegung ist. Die Freisinnigen verlieren zurzeit relativ viele Wählende an die SVP – sie gewinnen jedoch genauso viele hinzu. Wie erwähnt, besteht auch ein reger Grenzverkehr zwischen FDP und GLP. Gleiches gilt schliesslich auch in Bezug auf die Gruppe der Nicht-Wählenden. Vieles spricht dafür, dass diese regen Wanderungsbewegungen eine Folge der Kurskorrektur bei der Klimafrage sowie der klaren Positionierung zugunsten des Rahmenabkommens sind. Mit Ihrem aktuellen Kurs scheint die FDP ebenso Wählende zu verlieren und wie auch zu gewinnen. Stabilität im Wähleranteil bedeutet nicht immer, dass alles so bleibt wie es war. Die von der neutralen Bilanz überdeckte Volatilität führt allerdings dazu, dass bei der FDP die Distanz zwischen Sieg und Niederlage klein ist.

## 2 Einschätzung Wahlentscheid und Wahlausgang

### 2.1 Zuversicht im Mitte-Links-Spektrum

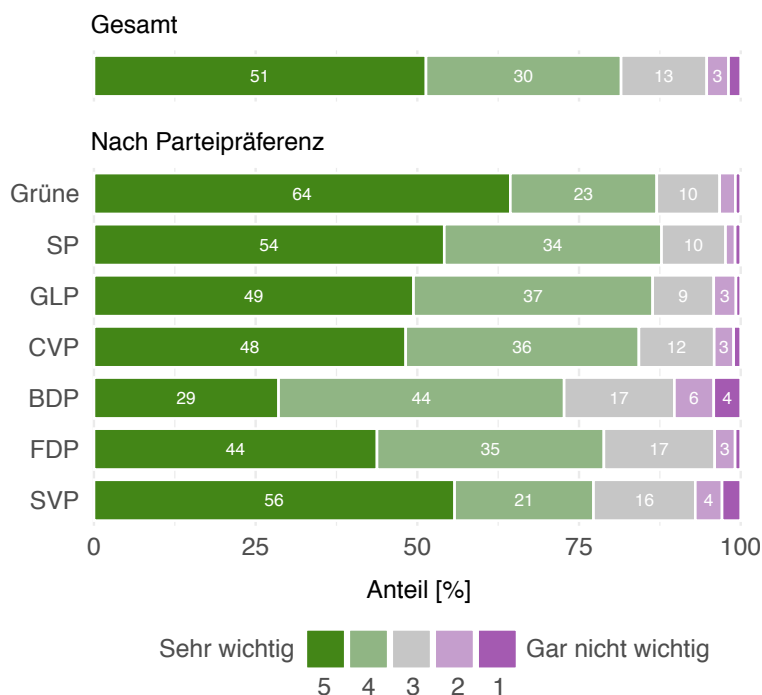
Der Wahltag nähert sich und dieser weckt bei den Wählenden der verschiedenen Parteien sowohl Hoffnung als auch Befürchtungen. Hoffnung besteht insbesondere bei den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen, der SP und der Grünliberalen. Jeweils rund die Hälfte von ihnen sind zuversichtlich, dass sich mit den Wahlen die Zusammensetzung des Parlaments verbessern wird. Nur 16 Prozent von ihnen sind pessimistisch. Klar am wenigsten zuversichtlich sind die Wählenden der SVP. Weniger als 15 Prozent von ihnen gehen von positiven Veränderungen in Bezug auf die Parlamentszusammensetzung aus, während rund 60 Prozent pessimistisch sind.



**Abbildung 7:** «Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung des Parlaments nach den Wahlen besser sein wird als heute?»

Eine grössere Anzahl von Pessimisten findet sich auch bei der Anhängerschaft der BDP. Es sind insbesondere Personen des Mitte-Links-Spektrums (mit Ausnahme der BDP), die auf einen positiven Wahlausgang setzen. Diese Asymmetrie zwischen links und rechts zeigt, dass die aktive Stimmbevölkerung tendenziell von einem Trend nach links und insbesondere hin zu den ökologischen Kräften im Parlament ausgehen. Dabei ist die SP-Basis ebenso zuversichtlich, wie jene der Grünen, obwohl gegenwärtig vor allem die Erfolge der Grünen im öffentlichen Fokus stehen. Auffällig ist ebenfalls, dass die CVP-Anhängerschaft der

Zusammensetzung des neuen Parlaments zuversichtlicher entgegenblickt als jene der FDP. Beides deutet darauf hin, dass die Stimmbevölkerung den möglichen Ausgang der Wahlen nicht nur in Bezug auf das Abschneiden der eigenen Partei beurteilt, sondern ebenfalls mit Blick auf die möglichen Mehrheitsverhältnisse im neuen Parlament.



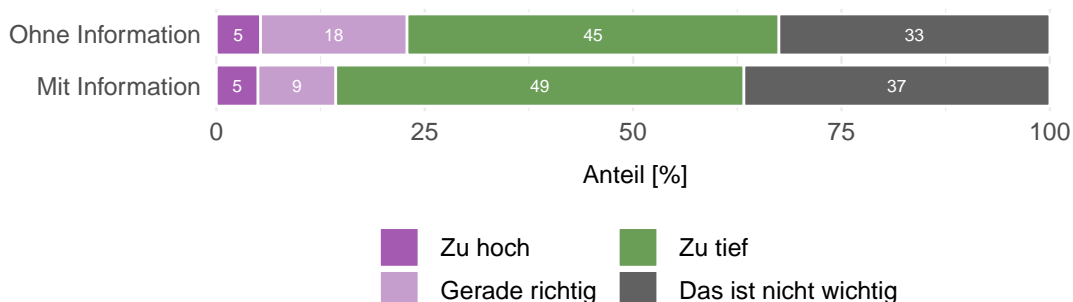
**Abbildung 8:** «Was denken Sie: Wie wichtig ist der Ausgang der Wahlen für die Zukunft der Schweiz?»

Auch wenn nicht alle zuversichtlich sind in Bezug auf den Wahlausgang, so ist die überwiegende Mehrheit der Wählenden davon überzeugt, dass der Ausgang der Wahlen wichtig ist für die Zukunft der Schweiz. Wie in Abbildung 8 ersichtlich, besteht die grösste Dringlichkeit bei der Basis der Grünen. Fast zwei Drittel von ihnen sind der Ansicht, dass der Ausgang der Wahlen sehr wichtig ist für die Zukunft der Schweiz. Auch bei der SVP finden sich überdurchschnittlich viele, die dieses Urteil teilen. Zugleich finden sich hier (mit Ausnahme der BDP) am meisten, welche den Wahlen höchstens eine mittlere Wichtigkeit zugestehen.

## 2.2 Frauenwahl

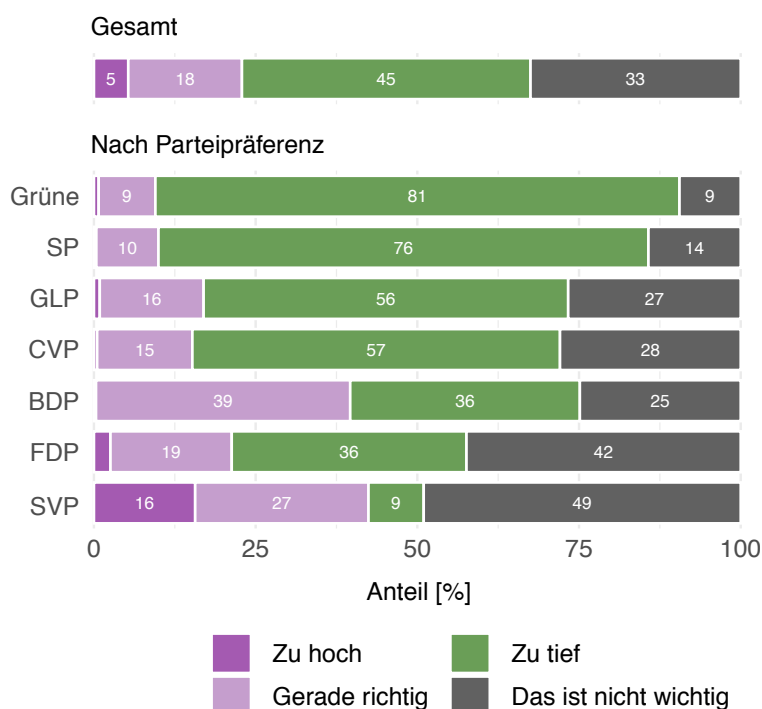
Die kantonalen Wahlen im Frühjahr waren nicht nur von einer «grünen Welle» und von einem «Linksrutsch» geprägt. Es waren auch «Frauenwahlen». Anders als in früheren Wahlen wurden Frauen auf den Listen der Parteien im Durchschnitt besser gewählt als Männer. Wie weit spielt die Frauenthematik auch bei den nationalen Wahlen eine Rolle? Eine Grundvoraussetzung dafür ist eine entspre-

chende Problemwahrnehmung. Und diese ist durchaus gegeben. 45 Prozent der Wählenden sind der Ansicht, dass der Frauenanteil heute zu tief ist.



**Abbildung 9:** Einschätzung des Frauenanteils im Parlament mit vs. ohne Informationen über den aktuellen Frauenanteil im Parlament

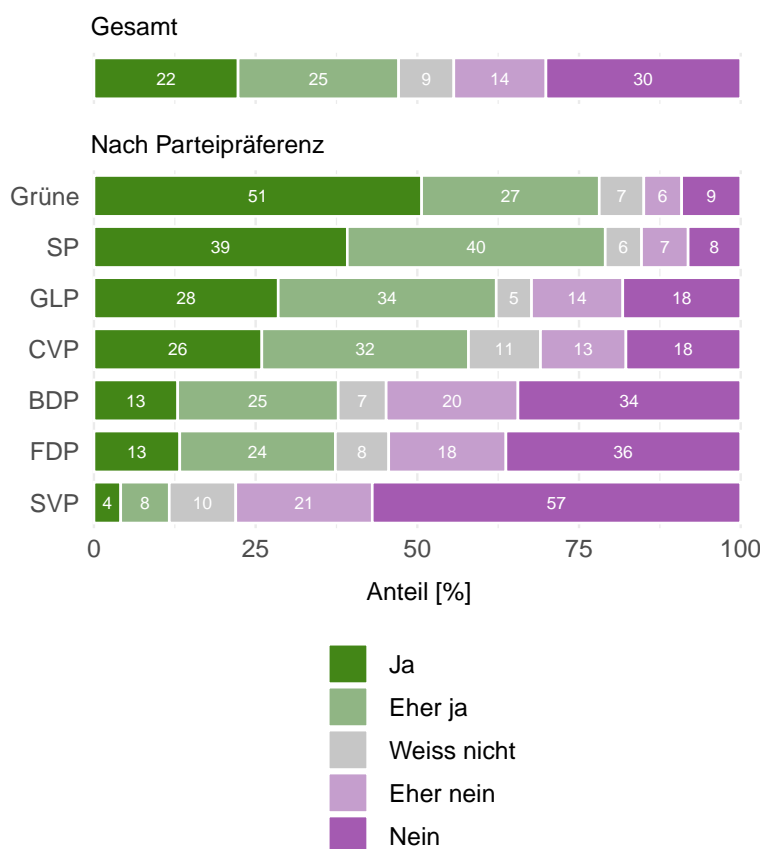
Bei der Hälfte der Befragten wurde zusätzlich zu dieser Frage der gegenwärtige Frauenanteil eingeblendet (Nationalrat 32 %, Ständerat 13 %). Und diese zusätzliche Information zeigte einen Effekt. Bei jenen, welche die Information gesehen hatten, waren nur halb so viele der der Ansicht, dass der heutige Frauenanteil gerade richtig sei.



**Abbildung 10:** Einschätzung des Frauenanteils im Parlament (ohne Informationen über den aktuellen Frauenanteil im Parlament) nach Partei

Wie Abbildung 9 zeigt, führt die Information allerdings nicht nur dazu, dass der aktuelle Frauenanteil als zu tief angesehen wird. Einige weichen offenbar auf die Aussage aus, dass die Grösse des Frauenanteils im Parlament gar nicht wichtig sei. Die Einschätzung der aktuellen Untervertretung der Frauen im Parlament hängt stark von der politischen Ausrichtung ab. Mehr als Dreiviertel der Wählenden des rot-grünen Lagers sind der Ansicht, dass zu wenig Frauen im Parlament sind. Bei der SVP sind es dagegen weniger als ein Zehntel.

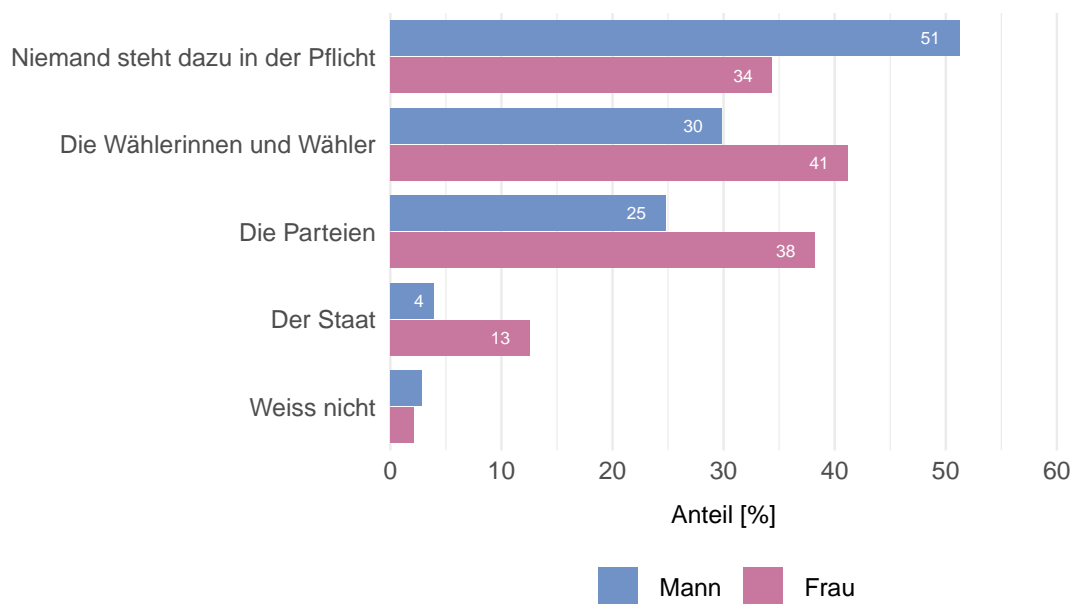
Fast die Hälfte der Stimmberechtigten, die beabsichtigen an den Wahlen im Oktober zuteilnehmen, geben an, gezielt Frauen wählen zu wollen. Dabei unterscheiden sich die entsprechenden Wahlabsichten stark zwischen Frau und Mann. Während 60 Prozent der Frauen gezielt Frauen wählen wollen, beabsichtigen dies 35 Prozent der Männer zu tun. Noch stärker als vom Geschlecht hängt die Motivation für eine Frauenwahl von der politischen Ausrichtung ab. Abbildung 11 zeigt einen massiven Links-rechts-Gegensatz. Eine repräsentativere Vertretung der Frauen im Parlament ist vor allem im Mitte-Links-Spektrum ein Anliegen.



**Abbildung 11:** Werden Sie selbst bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Frauen wählen?

Die Wählenden sehen sich selbst am meisten in der Pflicht, wenn es um die Erhöhung des Frauenanteils geht. Viele, insbesondere Frauen, sehen zusätzlich

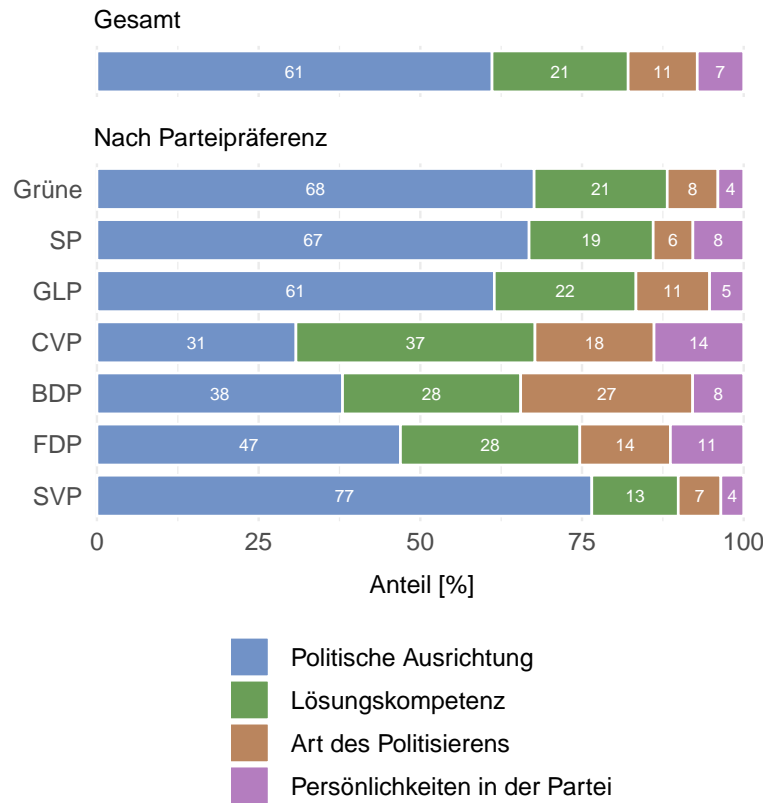
einen Handlungsbedarf bei den Parteien, welche die Wahllisten gestalten. Nur die Wenigsten sehen jedoch einen Handlungsbedarf beim Staat, der beispielsweise Frauenquoten auf den Listen festschreiben könnte.



**Abbildung 12:** Wer steht besonders in der Pflicht, dass der Frauenanteil im Bundesparlament höher wird? Nach Geschlecht

## 2.3 Kampf um die politische Ausrichtung

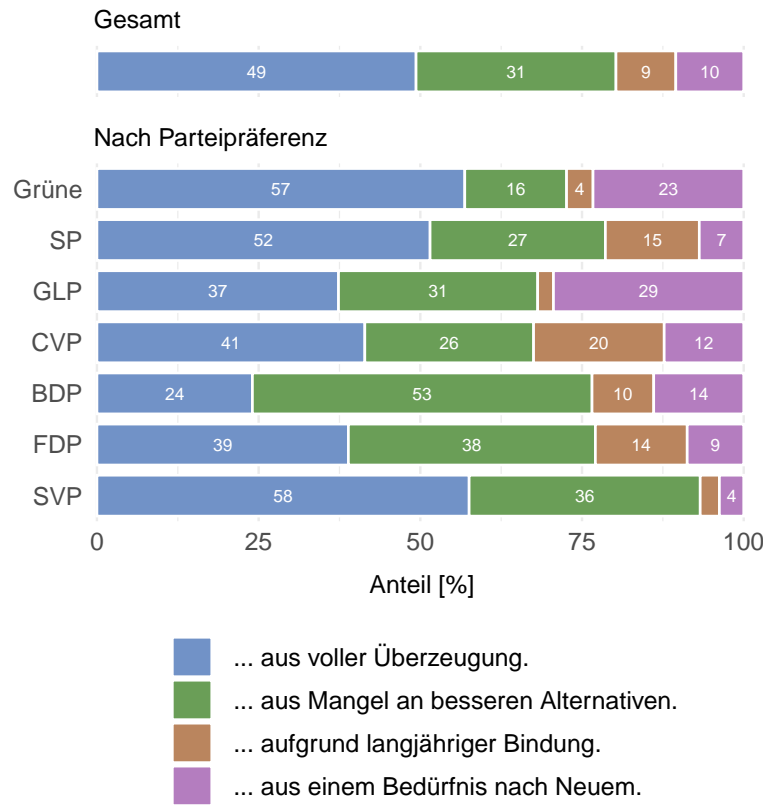
Auch wenn die Wahlen in die Nähe rücken, die Kandidierenden sich bekannt machen und mehr und mehr Plakate mit Köpfen im öffentlichen Raum auftauchen, bleibt die politische Ausrichtung der Parteien der mit Abstand wichtigste Grund sich für eine Partei zu entscheiden (vgl. Abb. 13). Für 61 Prozent steht dieser Aspekt beim Wahlentscheid an erster Stelle. Die Lösungskompetenz einer Partei ist nur für 21 Prozent der aktiven Stimmberechtigten der wichtigste Grund diese zu wählen. Anders als in den meisten parlamentarischen Demokratien sind in der Schweiz die Auswirkungen der Parlamentswahlen auf die Zusammensetzung der Exekutive gering und höchstens indirekt. Aufgrund des Konkordanzprinzips ist die Frage der geeigneten politischen Führung kaum ein Thema im Wahlkampf. Noch weniger zentral als die Lösungskompetenz sind für die Wählenden die Art des Politisierens (11 %) sowie die Persönlichkeiten in einer Partei (7 %). Eine überragende Rolle spielt die politische Ausrichtung für die Wählenden der SVP (77 %). Ähnliches gilt, leicht abgeschwächt, für die Grünen und die SP. Von diesem Grundmuster weichen am stärksten die CVP-Basis aber auch jene der BDP sowie der FDP ab. Einzig bei der CVP wird mit 37 Prozent die Lösungskompetenz am häufigsten genannt.



**Abbildung 13:** Wichtigster Grund für den aktuellen Wahlentscheid

Etwa die Hälfte der Wählenden geben an, ihren Wahlentscheid aus voller Überzeugung gefällt zu haben. Der Anteil ist insbesondere bei den Wählenden der Polparteien gross. 31 Prozent geben an, sich für eine Partei aus Mangel an Alternativen zu entscheiden. Diese Gruppe ist insbesondere bei der BDP gross (51 %). Nur jede oder jeder Zehnte gibt an, eine Partei aus dem Bedürfnis nach etwas Neuem zu wählen. Auffällig hoch ist dieser Wert jedoch bei den beiden Parteien des ökologischen Spektrums.

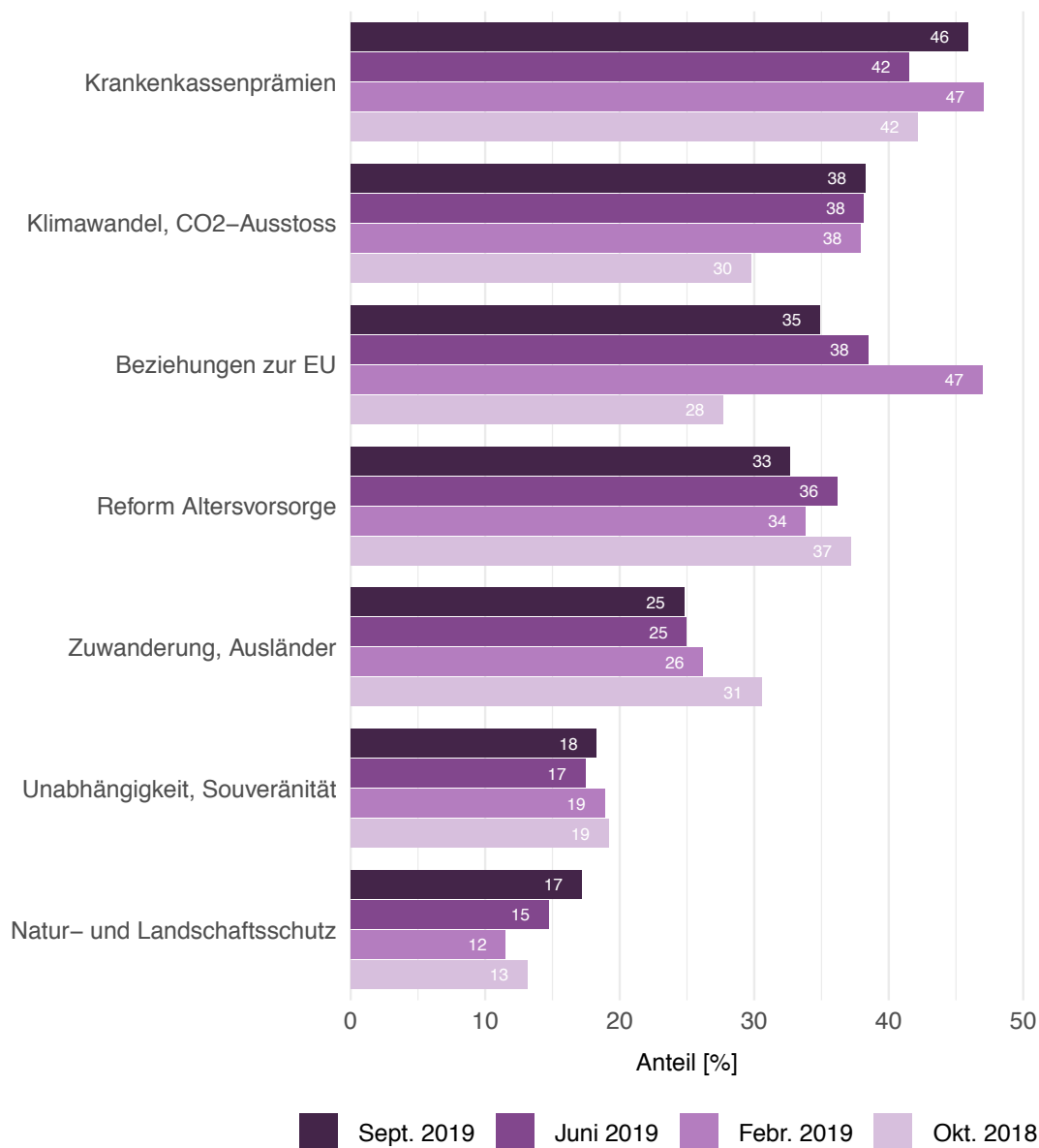




**Abbildung 14:** Art des aktuellen Wahlentscheids

### 3 Wichtigste politische Herausforderungen

#### 3.1 Stabile Themenkonjunktur



**Abbildung 15:** Wichtigste politische Herausforderungen aus Sicht der Wählenden – Veränderung

Welches sind die wichtigsten politischen Herausforderungen in der Schweiz? Die in den letzten vier Wellen des Wahlbarometers unverändert abgefragten 16 möglichen Herausforderungen zeigen insgesamt eine stabile Themenkonjunktur. Die hohen Krankenkassenprämien liegen weiterhin an erster Stelle. Unabhängig von der Jahreszeit und der aktuellen Wetterentwicklung bleibt auch die Bedeutung der Klimathematik für die Stimmenden unverändert hoch. Demgegenüber hat das

Thema der Beziehungen mit der EU seit Anfang Jahr aus Sicht der Befragten an Virulenz verloren. Für die SVP stellt die aktuelle Themenkonjunktur weiterhin eine Herausforderung dar, weil sich die Themen «Zuwanderung, Ausländer» sowie «Unabhängigkeit, Souveränität» in der Problemwahrnehmung der Stimmbevölkerung weiterhin auf relativ tiefem Niveau bewegen. Im Vergleich zur Stimmungslage vor den letzten Wahlen haben Themen, welche die Konfliktlinie Öffnung vs. Abgrenzung betreffen, stark an Bedeutung verloren. Demgegenüber steht nicht nur das Klimathema im Vordergrund. Auch das ökologische Thema «Natur- und Landschaftsschutz» wird zunehmend häufig als wichtige Herausforderung genannt.

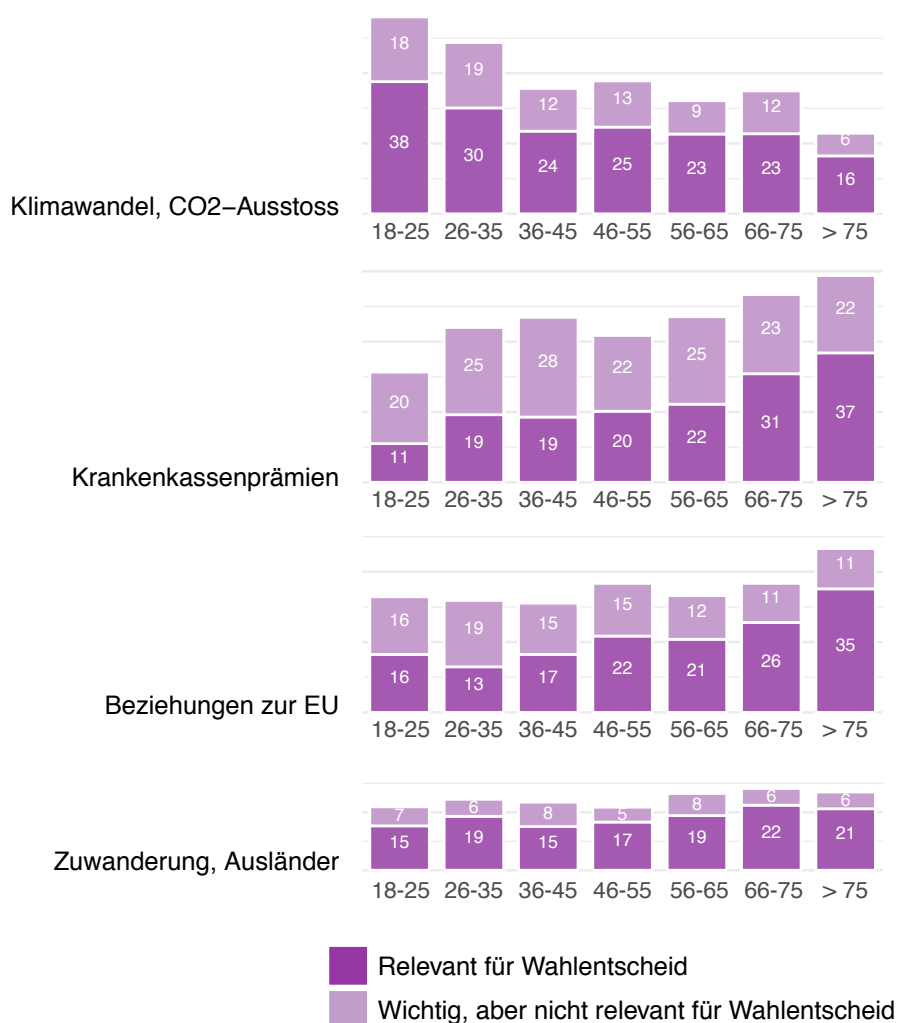


**Abbildung 16:** Politische Herausforderungen nach Relevanz für den Wahlentscheid

Ein Thema kann als wichtige politische Herausforderung wahrgenommen werden und für den eigentlichen Wahlentscheid dennoch keine Rolle spielen. Die Stimmberechtigten wurden deshalb gefragt, welche Themen für sie nicht nur wichtig, sondern für ihren Entscheid zugunsten einer Partei auch ausschlaggebend sind. Als

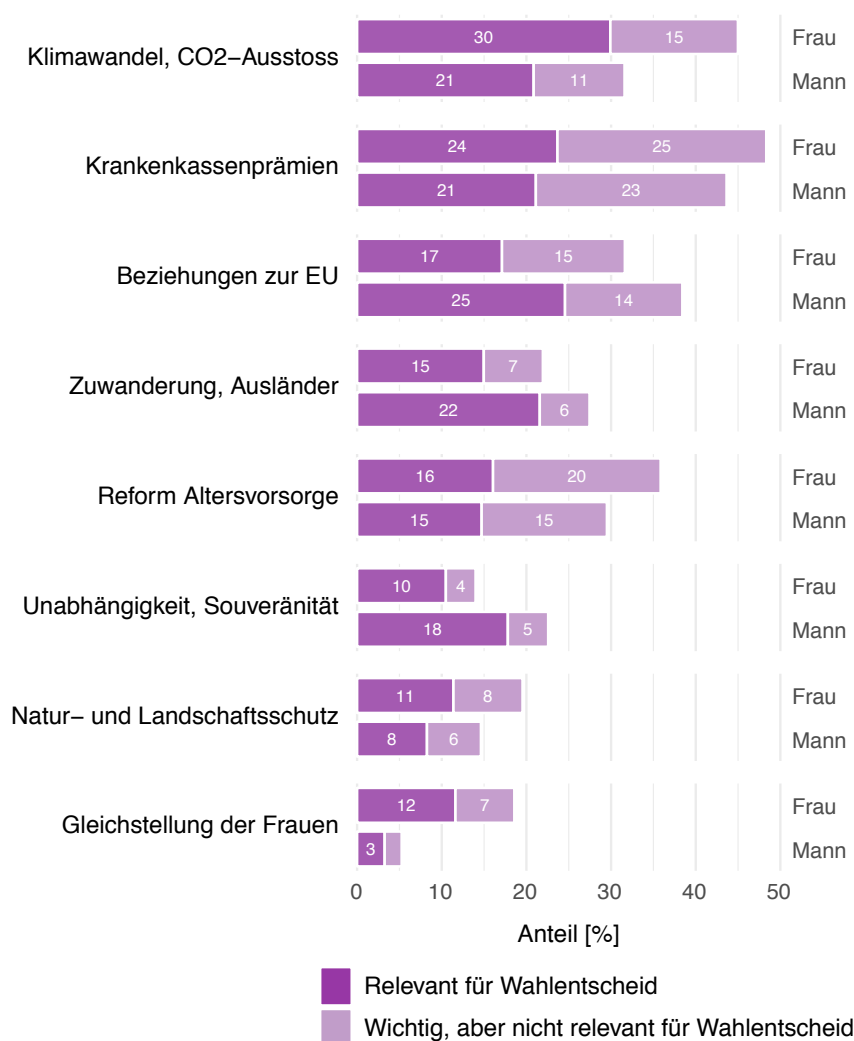
entscheidender Wahlgrund bleibt der Klimawandel auch nach den Sommerferien an erster Stelle. Wie gezeigt, wird die Krankenkassenthematik am häufigsten als wichtige Herausforderung angesehen. Als wichtiger Faktor für den Wahlentscheid liegt sie jedoch nur an zweiter Stelle. Die Prämien sind für viele zwar wichtig, aber dennoch nicht entscheidend für die Wahl. Im Vergleich zum Wahlbarometer vom Juni hat allerdings die Prämienthematik auch als Wahlgrund an Bedeutung gewonnen. Die hohen Prämien liegen als Wahlgrund nun knapp vor den Beziehungen mit der EU. Wie gezeigt, spielt die Geschlechterfrage gegenwärtig beim Entscheid für die Wahl von Frauen oder Männern eine wichtige Rolle. Das Gleichstellungsthema hat jedoch im Vergleich zu den letzten Wahlbarometern als Wahlgrund etwas an Bedeutung eingebüßt.

### 3.2 Herausforderungen nach demographischen Kriterien



**Abbildung 17:** Die vier relevantesten Herausforderungen nach Alter

Die Einschätzung der vier wichtigsten Herausforderungen hängt teilweise stark vom Alter der Befragten ab. Während für jüngere Stimmberechtigte die Klimafrage im Zentrum steht, ist die Prämienbelastung ein Thema, das vor allem bei den Älteren wahlentscheidend ist. Auch die Beziehungen zur EU stehen bei den Älteren für den Wahlentscheid vermehrt im Vordergrund. Dies gilt in deutlich abgeschwächter Form auch für die Ausländerthematik, die bei den Älteren nur leicht häufiger genannt wird als bei den Jüngeren. In allen Altersstufen ist dieses Thema für die meisten, die es als wichtig erachten, auch entscheidend für die Wahl. Dies steht im Kontrast zur EU-Thematik. Diese wird auch von den Jüngeren oft als wichtig angesehen, häufig ist sie jedoch nicht ausschlaggebend für den Wahlentscheid.



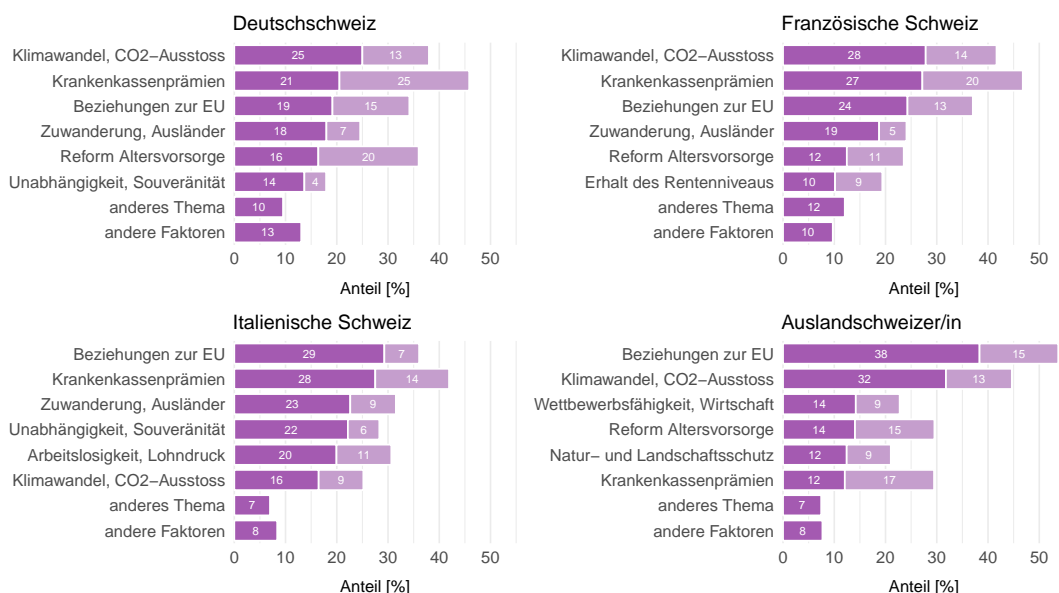
**Abbildung 18:** Herausforderungen nach Geschlecht

Auch in Bezug auf das Geschlecht der Befragten zeigen sich teilweise markante Unterschiede in der Bewertung der wichtigsten Herausforderungen. Die Klimathe-

matik ist für Frauen weit häufiger entscheidend für die Wahl als für Männer. Bei den Männern stehen demgegenüber die Beziehungen zur EU stärker im Vordergrund. Die EU ist gegenwärtig sogar der wichtigste Faktor für den Wahlentscheid. Was nicht erstaunt: Die grösste Diskrepanz zeigt sich in der Gleichstellungsfrage: Diese gehört für die Frauen zu den sechs wichtigsten Faktoren für den Wahlentscheid. Bei den Männern gehört sie dagegen kaum je zu den wichtigsten Gründen für den Wahlentscheid.

### 3.3 Sprachregionale Unterschiede

In der Deutschschweiz als der klar grössten Sprachregion entsprechen die wichtigsten politischen Herausforderungen weitgehend dem Profil der gesamten Schweiz. Bemerkenswert ist die grosse Übereinstimmung der Herausforderungen mit jenen der französischsprachigen Schweiz. So ist die Reihenfolge der fünf wichtigsten Herausforderungen für den Wahlentscheid in den beiden grossen Sprachregionen identisch. Allerdings werden zumindest die drei wichtigsten Herausforderungen in der Romandie häufiger genannt. Der Klimawandel ist in der Romandie für 28 Prozent ein wichtiger Wahlgrund, in der Deutschschweiz für 25 Prozent. Ökologische Anliegen, die noch bis zur Jahrhundertwende einen schweren Stand hatten im frankophonen Sprachraum, sind dort heute mindestens so stark verankert wie in der Deutschschweiz. Ein grösseres Gewicht als in der Deutschschweiz haben die Krankenkassenprämien. Sie sind für 27 Prozent ein wichtiger Faktor beim Wahlentscheid (Deutschschweiz: 21 %).



**Abbildung 19:** Wichtigste Herausforderungen nach Sprachregionen und Auslandschweizer/-innen

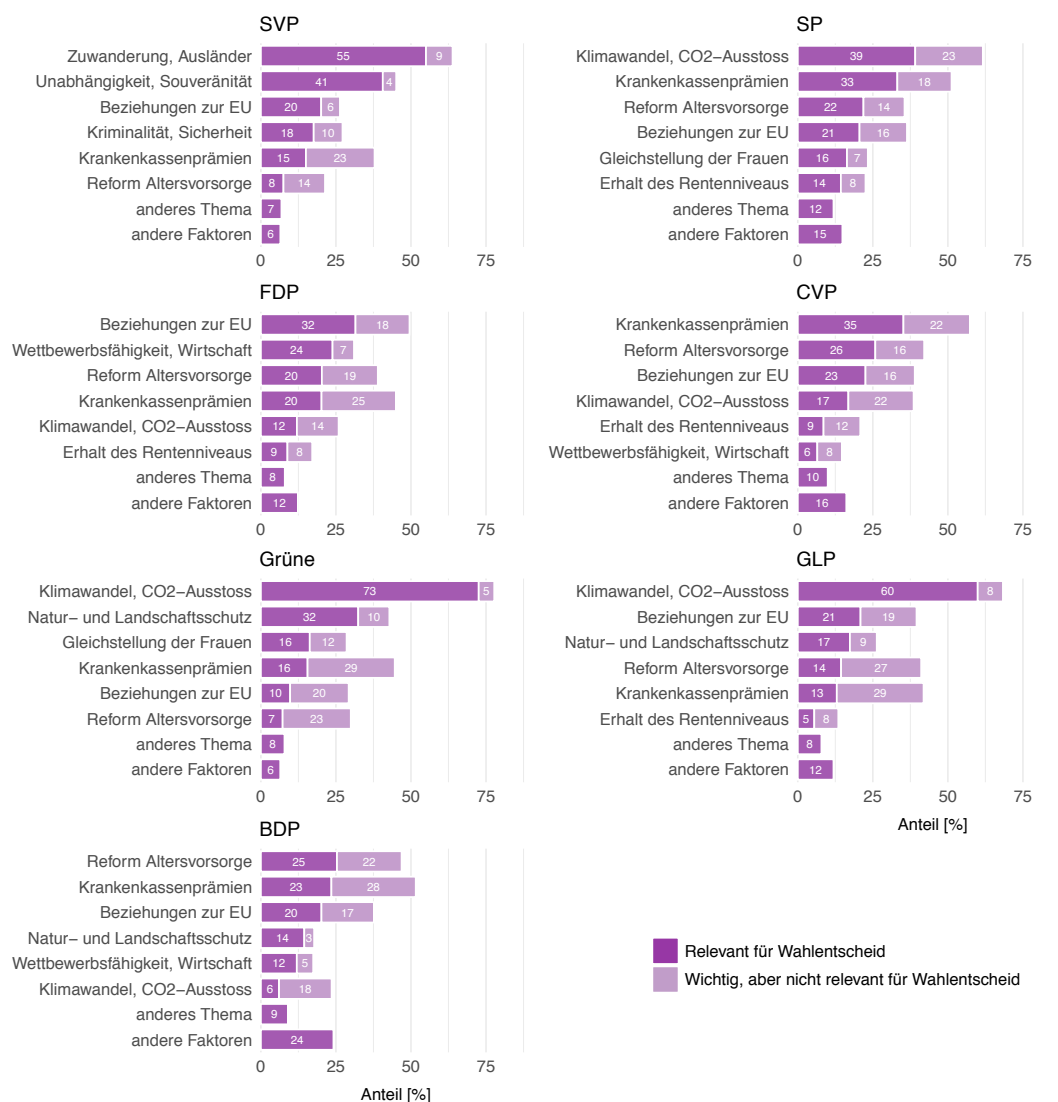
Interessant ist, dass in der Romandie die Ausländerthematik heute ebenso oft genannt wird wie in der Deutschschweiz. Einzig beim Thema der Unabhängigkeit/Souveränität zeigt sich die Deutschschweiz noch sensibilisierter als die Romandie.

Relativ stark von den beiden grossen Sprachregionen weicht das politische Problembarmeter der italienischen Schweiz ab. Hier stehen die Beziehungen zur EU an erster Stelle. Bereits an dritter Stelle folgt die Ausländerthematik. Auch der Themenbereich Unabhängigkeit/Souveränität wird deutlich häufiger genannt. Insgesamt zeigt sich sehr deutlich, dass der drittgrösste Sprachraum mittlerweile eine klar konservative Orientierung aufweist. Das Klimathema, das bei der Welle vom Juni im Tessin zumindest auf Platz drei gelandet ist, ist zwischenzeitlich wieder auf Platz sechs abgerutscht.

Auch für die Auslandschweizerinnen und -schweizer sind die Beziehungen zur EU das wichtigste Thema für den Wahlentscheid – anders als im Tessin steht dabei aber nicht die Abgrenzung im Vordergrund. Wie Abbildung 27 zeigt, wählt diese Gruppe deutlich progressiver als die Inlandschweizer. Viele von ihnen leben in der EU und sind direkt von den Beziehungen betroffen. Überdurchschnittlich wichtig ist für die fünfte Schweiz auch das Klimathema, das mit seiner globalen Reichweite die Stimmbürgerinnen und -bürger, die ausserhalb der Schweiz leben, gleichermassen betrifft. Auffällig ist demgegenüber die tiefe Bedeutung der Prämien für den Wahlentscheid. Typischerweise sind die Auslandschweizerinnen und -schweizer, die ihre Krankenversicherung oft nicht in der Schweiz haben, nicht unmittelbar von den hohen Prämien betroffen.

### 3.4 Parteianhängerschaften und politische Position

Wie beurteilen die Wählenden der verschiedenen Parteien die Wichtigkeit der Herausforderungen für ihren Wahlentscheid? Abbildung 20 zeigt für die sieben grössten Parteien die jeweils sechs relevantesten Themen für den aktuellen Wahlentscheid. Dabei fällt auf wie stark sowohl bei den Grünen wie auch bei den Grünliberalen das Klimathema alles andere überragt. Eine derartige Fokussierung auf ein Thema zeigt sich sonst bei keiner Partei, auch nicht bei der SVP. Zwar besteht auch bei der SVP eine thematische Fokussierung, hier ist es jedoch ein breiter gefasstes Themenfeld, das alle Aspekte von politischer Öffnung und Schliessung umfasst. Dazu gehört die Ausländerthematik, die Frage der Souveränität und schliesslich auch die Beziehungen zur EU. Bei allen anderen Parteien dominiert kein einzelnes Thema und auch kein einzelnes Themenfeld. Besonders breit ist das Themenspektrum bei der SP und der CVP, während bei der FDP vor allem Wirtschaftsthemen in verschiedenen Facetten im Vordergrund stehen. Dies gilt zumindest, wenn die Beziehungen zur EU als Wirtschaftsthema verstanden werden. Der Klimawandel steht bei der FDP-Basis nach wie vor nur an fünfter Stelle.

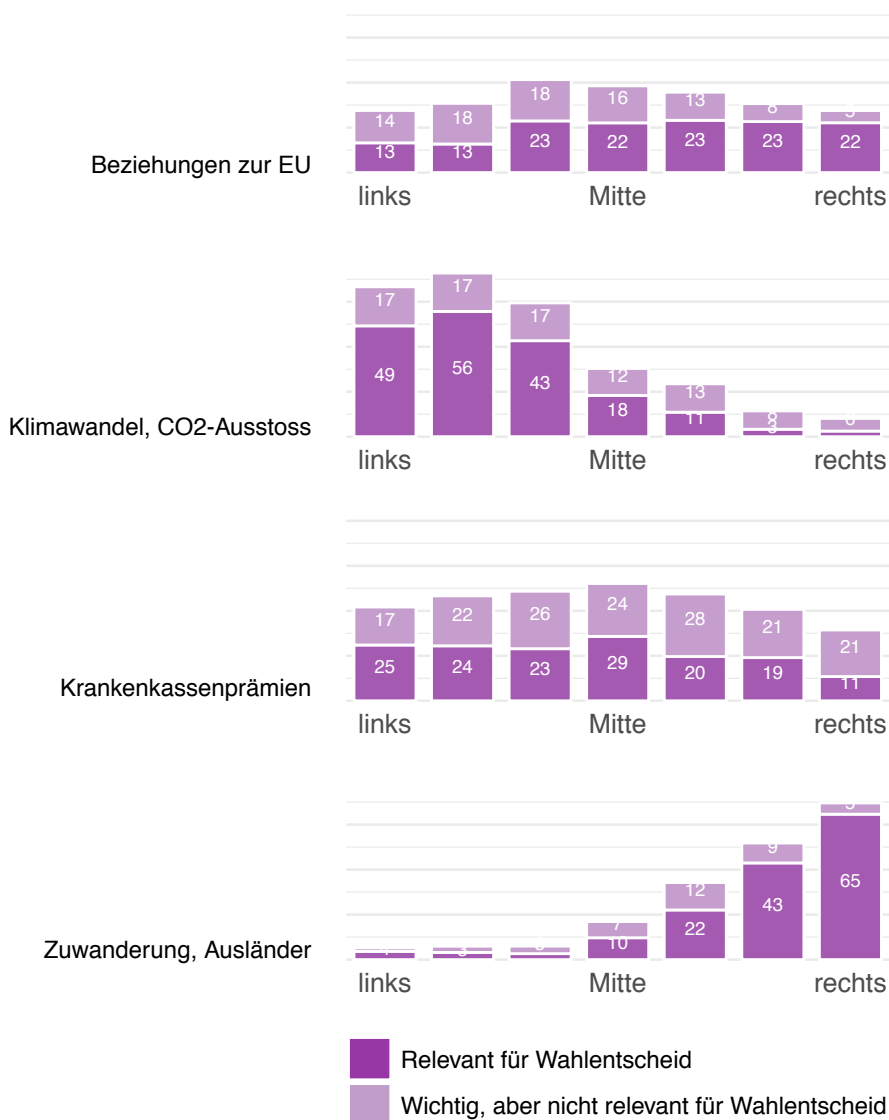


**Abbildung 20:** Wichtige und wahlrelevante Herausforderungen nach Parteiwählerschaften

Die vier Themen mit der höchsten Relevanz für den Wahlentscheid sind nicht nur parteipolitisch, sondern auch ideologisch unterschiedlich geprägt. Wie Abbildung 21 zeigt, ist die Migrationsthematik vorwiegend für Personen wahlrelevant, die sich selber ganz rechts im politischen Spektrum einordnen. Die Darstellung zeigt für jede Position auf einer 7er-Skala zwischen links (-3) und rechts (3) den Anteil der Nennungen. Ebenfalls eine klare ideologische Ausprägung hat die Priorisierung der Klimapolitik. Der Klimawandel ist vor allem für Personen im Mitte-Links-Spektrum – rechts der Mitte ist steht er für den Wahlentscheid kaum im Vordergrund. Etwas anders verhält es sich mit den beiden anderen Top-Themen. Sowohl die Krankenkassenprämien als auch die Beziehungen zur EU sind für Personen aus dem ganzen politischen Spektrum relevant für den Wahlentscheid. Diese beiden Themen sind ideologisch breit gefächert, weil sie mit unterschiedlichen politischen Stossrichtungen verbunden werden. So sind



die EU-Beziehungen sowohl für jene wichtig, die eine Annäherung an die EU wünschen als auch für jene, die mehr Distanz zur EU wünschen und auch beim Umgang mit den hohen Krankenkassenprämien gibt es sowohl linke als auch bürgerliche Ansätze.



**Abbildung 21:** Relevanteste Herausforderungen nach Selbstpositionierung im Links-Rechts-Spektrum

Die Befragungsteilnehmenden wurden nicht nur nach den wichtigsten Herausforderungen und nach den relevanten Herausforderungen für den Wahlentscheid gefragt, sondern ebenfalls nach jenen Themen, bei denen sie mit der Politik ihrer Partei unzufrieden sind. Insgesamt am wenigsten unzufrieden mit der Themen- setzung ihrer Partei sind die Wählenden der beiden grünen Parteien. 39 Prozent der Grünen- und 33 Prozent der GLP-Wählerbasis geben an, in keinem Bereich unzufrieden mit der Politik ihrer Partei zu sein. Am anderen Ende des Spektrums

findet sich die Basis von FDP und SVP. Bei der FDP sind nur 11 Prozent und bei der SVP 14 Prozent der Wählenden in allen Bereichen zufrieden mit der Politik ihrer Partei.



**Abbildung 22:** Themen, bei denen die Wählenden unzufrieden sind mit der Politik ihrer Partei.

Auffällig ist, dass die Wählenden sämtlicher untersuchter Parteien am häufigsten mit der Krankenkassenpolitik ihrer Partei unzufrieden sind. Am häufigsten ist dies bei der FDP und der SVP der Fall, wo 35 Prozent diesen Bereich hervorheben. Auch bei der BDP, der SVP und der SP sind rund 39 bzw. 38 Prozent unzufrieden sind. Die Unzufriedenen wollen dabei meist eine stärkere finanzielle Abfederung der Prämienlast durch Steuergelder. Trotz der grossen Bedeutung der Krankenkassenprämien in der Problemwahrnehmung der Bevölkerung, scheint

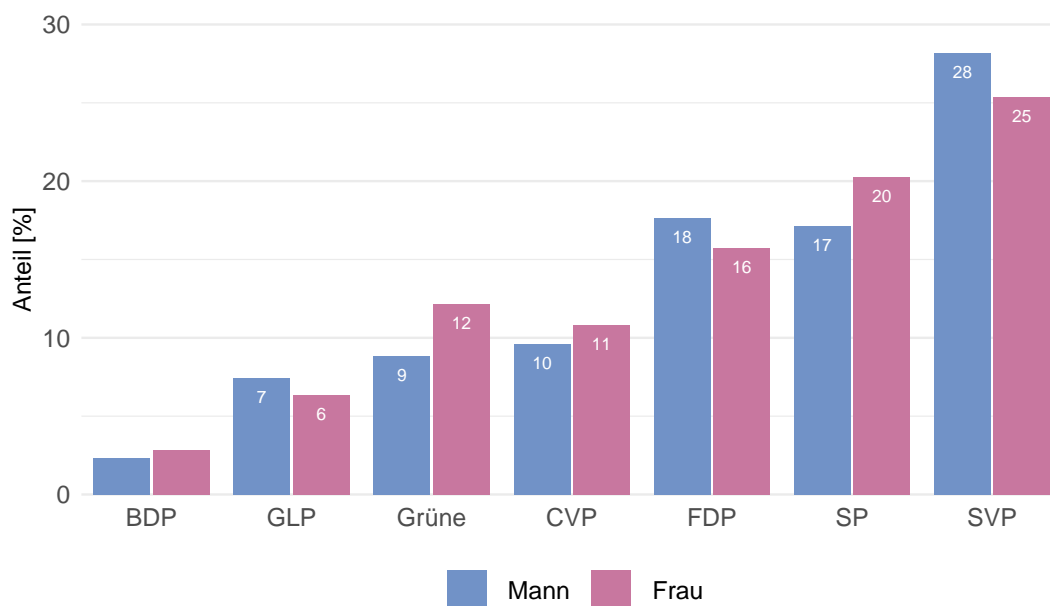
dieses Thema auch für die Parteien im Wahlkampf eine grosse Herausforderung zu sein. Selbst bei der SP und der CVP, die stark auf diese Thematik setzen, bleibt die Unzufriedenheit an der Basis gross.

## 4 Profil der Parteiwählerschaften

Wer sind die Wählenden der einzelnen Parteien? Wie setzen sie sich nach demographischen und sozioökonomischen Kriterien zusammen? Wie sieht ihre ideologische Ausrichtung aus? In den folgenden Abschnitten wird das Profil der Parteiwählerschaften unter die Lupe genommen. Die sehr stabile Parteienstruktur in der Schweiz bringt es mit sich, dass sich bei der aktuellen Wahlabsicht auch in soziodemographischer Hinsicht vergleichsweise stabile Muster zeigen. Dennoch zeigen sich ein paar ungewohnte Zusammenhänge.

### 4.1 Demographie: Geschlecht und Alter

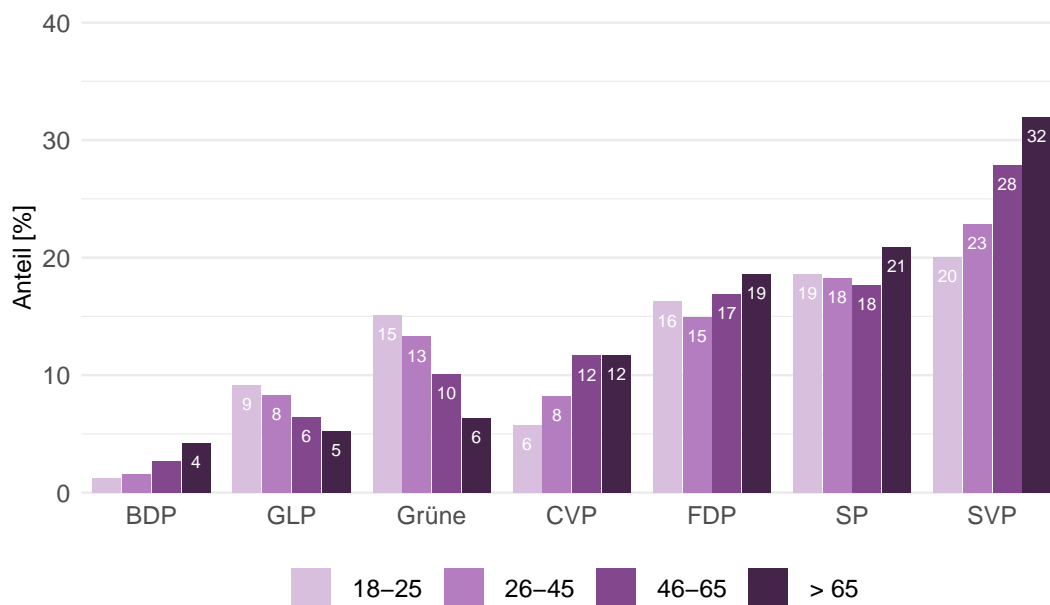
Abbildung 23 zeigt, dass Frauen in der Tendenz etwas linker wählen als Männer. So wählen Frauen etwas weniger häufig SVP oder FDP als Männer. Demgegenüber wählen Frauen etwas häufiger SP und Grüne als Männer. Interessant ist der Vergleich der beiden Parteien des ökologischen Spektrums. Während Männer fast ebenso häufig GLP wie Grüne wählen, erzielen letztere bei den Frauen einen doppelt so hohen Wähleranteil bei den Frauen wie die Grünliberalen.



**Abbildung 23:** Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Geschlecht

Sowohl die Grünen als auch die Grünliberalen sprechen gegenwärtig ein besonders junges Publikum an. Ihr Wähleranteil ist bei den unter 26-Jährigen etwa doppelt so gross wie bei den über 65-Jährigen. Die SP und die FDP weisen eine ähnlich flache Altersstruktur der Wählenden auf. Zwar werden beide Parteien etwas eher von älteren Personen gewählt, scheinen aber auch bei den jüngsten Wählenden eine gewisse Anziehungskraft auszuüben. Die Wählerschaft der SVP ist eher älter

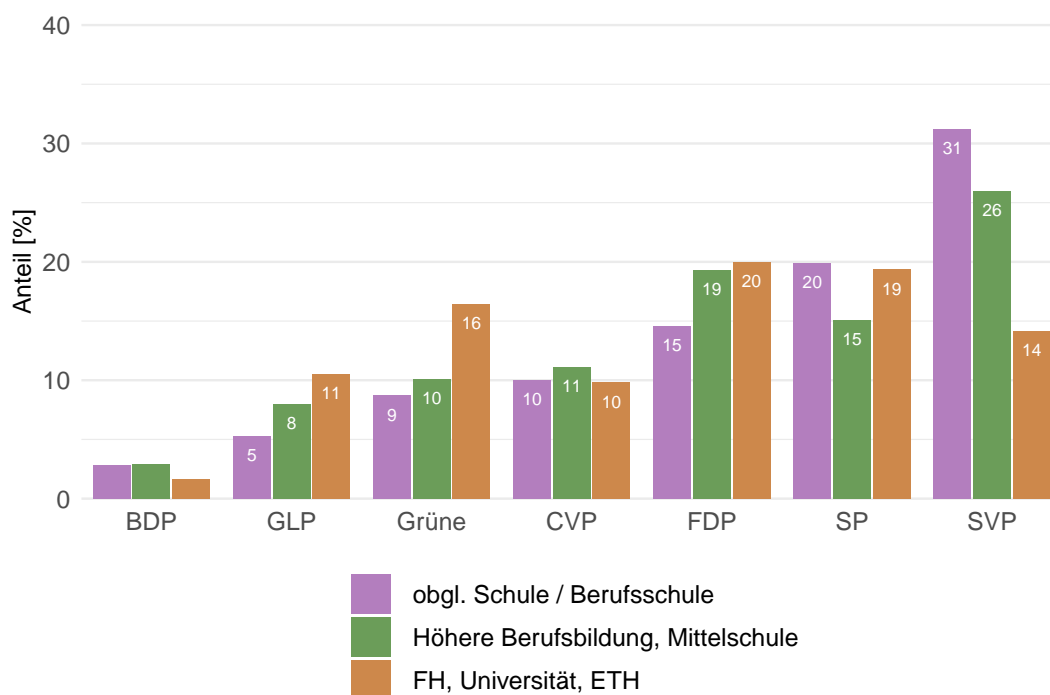
strukturiert als die der anderen Parteien. Besonders die sehr jungen Wählenden sind sehr schwach vertreten. Die SVP scheint ihre spezielle Anziehungskraft auf junge Wählende, die sie in früheren Jahren ausgezeichnete, etwas eingebüsst zu haben. Auch die CVP und die BDP werden tendenziell in den älteren Altersklassen häufiger gewählt.



**Abbildung 24:** Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Alter

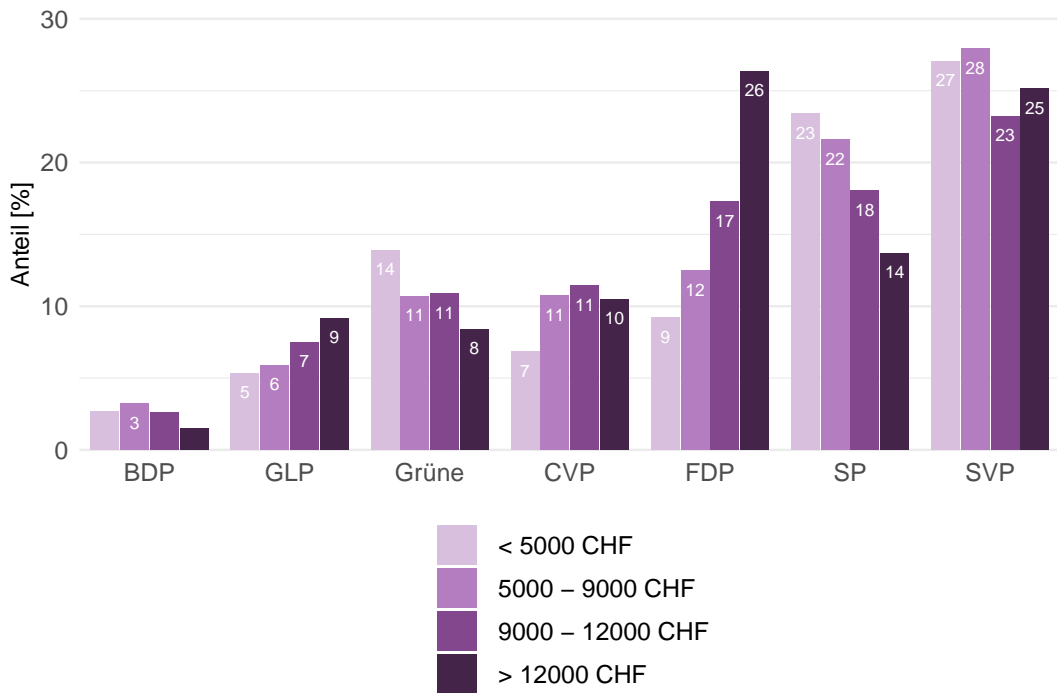
## 4.2 Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen

Bildungsabschluss und Haushaltseinkommen bilden die beiden wichtigsten Merkmale der sozialen Schichtung. Die Auswertung der Profile der Wählerschaften zeigt dabei, dass diese beiden Merkmale innerhalb der einzelnen Parteiwählerschaften sehr unterschiedlich verteilt sind. Abbildung 25 zeigt den bekannten Bildungsgraben bei der SVP. Insbesondere bei Personen mit Hochschulabschluss wird sie klar unterdurchschnittlich gewählt. Ihr Wähleranteil in dieser Bildungskategorie liegt mit 14 Prozent sogar unter dem der Grünen und deutlich hinter der SP und der FDP. In der Wählerschaft der Grünen und der GLP sind Personen mit höheren Bildungsabschlüssen deutlich übervertreten. Die FDP wird dagegen insbesondere von Wählenden in der tiefsten Bildungskategorie weniger gewählt, während die Verteilung bei CVP relativ flach ist. Die SP wird sowohl von Personen mit hohem als auch mit tiefen Bildungshintergrund vermehrt gewählt.



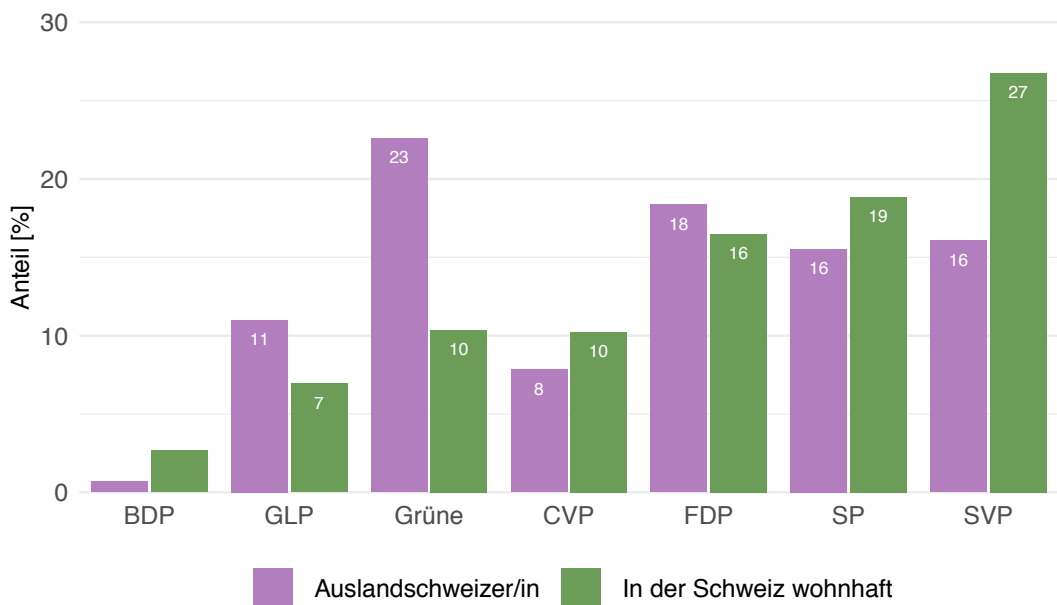
**Abbildung 25:** Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Bildungsabschluss

Auch das Einkommen korreliert mit dem Wahlentscheid. Am deutlichsten zeigt sich dies bei der FDP, deren Wähleranteile sich mit steigender Einkommensklasse vergrössern. Bei Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von über 12'000 Franken bildet die FDP mit einem Wähleranteil von 26 Prozent die klare Nummer eins. Auch die Grünliberalen werden in der höchsten Einkommensklasse deutlich häufiger gewählt als in den tieferen, bei der SP ist es gerade umgekehrt. Sie wird in der obersten Einkommensklasse weniger oft gewählt als in der untersten. Besonders stark geht die Schere zwischen Bildung und Einkommen bei den Grünen auseinander. Die Wählenden dieser Partei sind zwar überdurchschnittlich gebildet, viele von ihnen gehören jedoch auch zu der untersten Einkommensklasse. Dabei handelt es sich weniger um eine klassische Unterschicht, sondern eher um eine postmateriell orientierte Wählerschaft. Die Wählerschaft der SVP weist im Schnitt ein eher tiefes Bildungsniveau auf, was sich in der Einkommensverteilung widerspiegelt, allerdings in abgeschwächter Form. Tiefere Einkommensschichten wählen eher SVP als höhere.



**Abbildung 26:** Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach monatlichem Haushaltseinkommen

### 4.3 Wahlentscheid Auslandschweizer/-innen



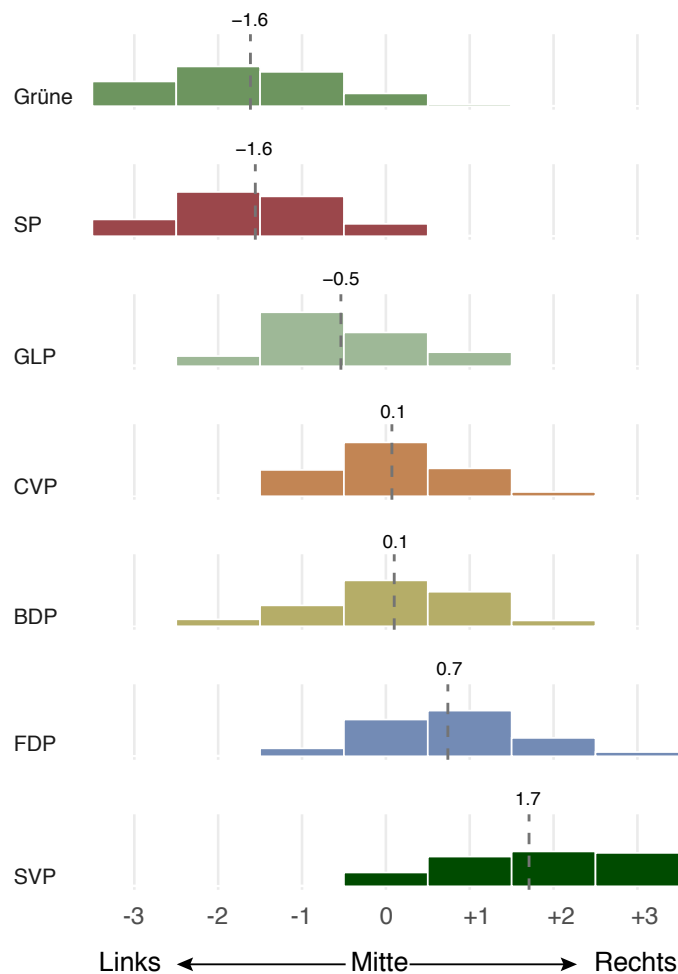
**Abbildung 27:** Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; Auslandschweizer/innen

Im Vergleich zu in der Schweiz wohnhaften Teilnehmenden würden Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen deutlich grüner wählen: Sowohl die Grünen

als auch die GLP werden von dieser Gruppe im Vergleich präferiert. Im Gegensatz dazu erzielt die SVP bei den Auslandschweizern einen viel geringeren Wähleranteil (16 %). Bezüglich der FDP, der SP und der CVP sind die Anteile ausgeglichener. Insgesamt wird deutlich, dass die aktiven Stimmberechtigten, die ausserhalb der Schweiz wohnen, deutlich seltener nationalkonservativ denken als die Inlandschweizerinnen und -schweizer.

#### 4.4 Selbstpositionierung im Links-rechts-Spektrum

Die Teilnehmenden der Befragung wurden gebeten, sich selber im politischen Spektrum zwischen links und rechts einzuordnen. Abbildung 28 zeigt das politische Profil der Wählenden der einzelnen Parteien. Identisch ist gegenwärtig die Selbstpositionierung der Wählenden der Grünen und der SP. Im Spektrum zwischen links (-3) und rechts (+3) positioniert sich das Elektorat der beiden Parteien bei -1,6. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ist die durchschnittliche SVP-Anhängerschaft minim weiter rechts positioniert und zwar bei 1,7.



**Abbildung 28:** Verteilung der Wählenden der Parteien im Links-rechts-Spektrum

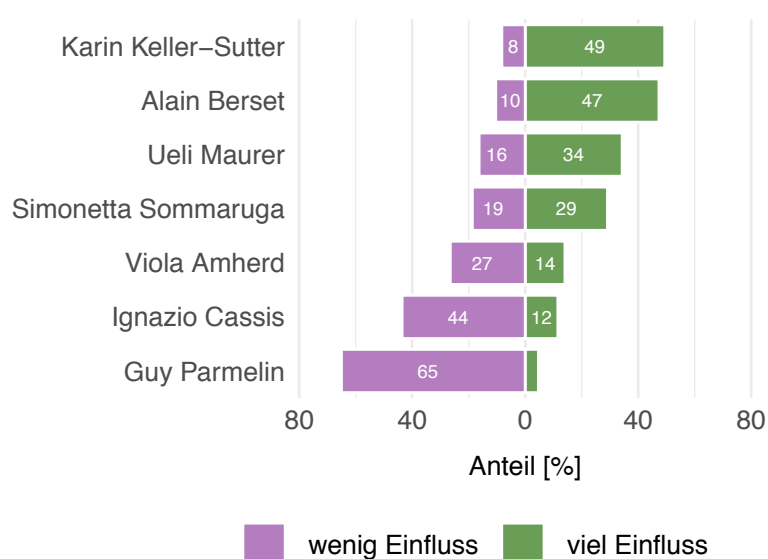


Rechts der Mitte und doch deutlich weniger rechts als die Wählerschaft der SVP findet sich jene der FDP. Ihre mittlere Position liegt bei 0,7. Fast spiegelbildlich dazu, jedoch etwas stärker eingemittelt, findet sich die durchschnittliche Position der Wählerschaft der Grünliberalen mit -0,5. Praktisch in der Mitte positionieren sich die typischen Wählenden von CVP und der BDP (je 0,1).

## 5 Bundesrat und Parlament im Urteil der Stimmberechtigten

Der Bundesrat ist mit zwei neuen Mitgliedern ins Wahljahr gestartet. Wie schätzen die Stimmberechtigten die Machtverhältnisse im Bundesrat ein, und wie sieht es aus mit den Sympathiewerten der Mitglieder der Exekutive? Neben der Beurteilung der einzelnen Bundesratsmitglieder geht es in den folgenden Abschnitten um die grundsätzliche Einschätzung der Arbeit von Bundesrat und Parlament.

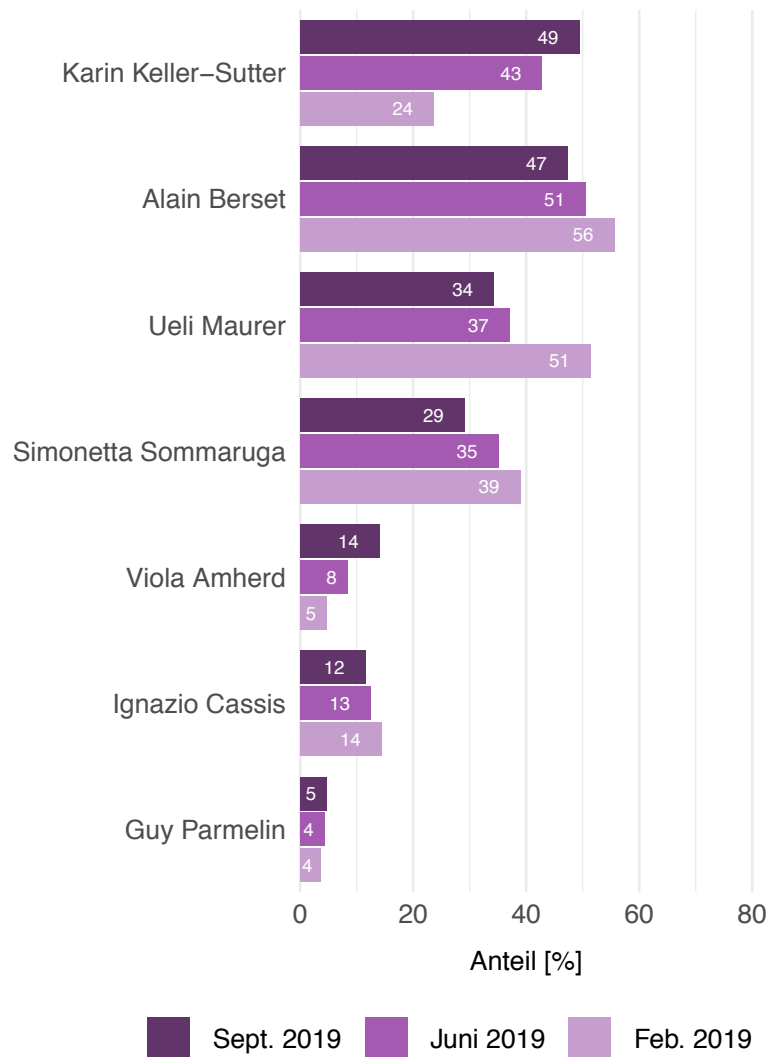
### 5.1 Einfluss und Sympathie der Bundesratsmitglieder



**Abbildung 29:** Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder

Aus Sicht der Stimmberechtigten ist Karin Keller-Sutter (FDP), die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, die Bundesrätin mit dem grössten politischen Einfluss. 49 Prozent der Befragten zählen sie zu den zwei einflussreichsten Bundesratsmitgliedern, nur 8 Prozent zu jenen zwei mit dem geringsten Einfluss. Seit ihrem Amtsantritt Anfang Jahr hat sie in der Einschätzung der Stimmberechtigten massiv an Einfluss gewonnen: Im letzten Wahlbarometer zählten sie noch 43 Prozent und lag auf Platz zwei der einflussreichsten Mitglieder. Nun hat sie den damals erstplatzierten Innenminister, Alain Berset (SP) bereits überholt. Dieser wird von 47 Prozent als einer der zwei einflussreichsten Bundesratsmitglieder eingestuft. Bei Finanzminister Ueli Maurer (SVP) sind dies 34 Prozent der Befragten. Damit liegt er deutlich hinter Kollege Berset auf Platz drei und nur unweit von Kollegin Simonetta Sommaruga (SP) entfernt, die von 29 Prozent als eine der einflussreichsten Mitglieder des Bundesrates eingeschätzt wird. Das zweite Neumitglied neben Keller-Sutter, Verteidigungsministerin Viola

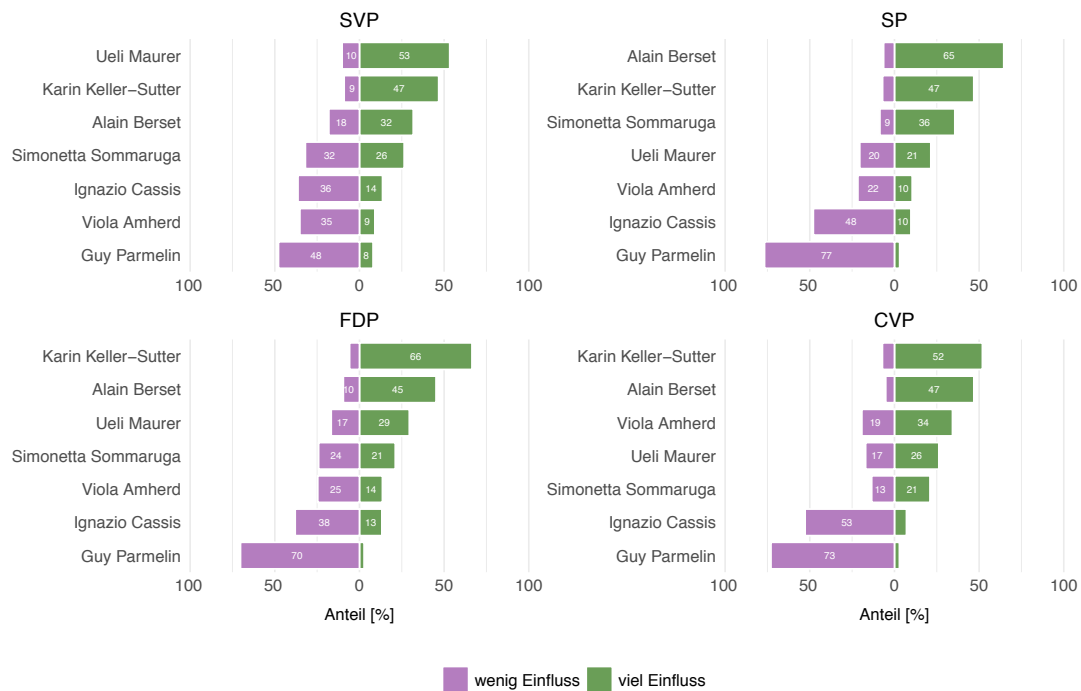
Amherd (CVP), kann die Stimmberechtigten im Gegensatz zur Justizministerin nicht überzeugen und verbleibt im Einfluss-Ranking unbedeutend. In der Einschätzung der Stimmberechtigten gibt es jedoch zwei Bundesratsmitglieder, welche als noch weniger einflussreich eingeschätzt werden: Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) und Guy Parmelin (SVP). Letzteren zählen fast zwei Drittel der Stimmberechtigten zu den zwei Mitgliedern im Bundesrat, welche am wenigsten Einfluss haben.



**Abbildung 30:** Einschätzung, welche Bundesratsmitglieder viel Einfluss haben – Zeitvergleich.

Das Einfluss-Ranking der einzelnen Parteianhängerschaften zeigt, dass sich die Einschätzung im politischen Spektrum nicht grundlegend unterscheidet. So schreiben auch die Wählenden der FDP Ignazio Cassis nur unterdurchschnittlichen Einfluss zu und auch die SVP-Basis zählt Guy Parmelin zu den Bundesräten mit dem geringsten Einfluss. Bis auf die SVP-Basis, welche Ueli Maurer als

einflussreichstes Bundesratsmitglied sieht, belegen Karin Keller-Sutter und Alain Berset im Einflussranking der Wählerbasis aller Bundesratsparteien Platz eins oder Platz zwei.



**Abbildung 31:** Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder – nach Parteiwählerschaft

Die gemäss Befragten einflussreichsten Ratsmitglieder erhalten zusammen mit Viola Amherd auch die grössten Sympathiewerte. Deutlich über die Hälfte aller Teilnehmenden schätzen diese drei Bundesräte als sympathisch oder sehr sympathisch ein. Wie die Platzierung von Viola Amherd zeigt, wird die Sympathie nicht gleichgesetzt mit Einfluss. So zählt Viola Amherd zu den besonders sympathischen, obwohl sie als wenig einflussreich eingeschätzt wird. Im Gegensatz dazu stehen Guy Parmelin und Ignazio Cassis: beide schneiden sowohl im Einfluss- als auch in Sympathie-Ranking schlecht ab. Ueli Maurer belegt den dritten Platz in Bezug auf seinen Einfluss – in Bezug auf Sympathie hingegen den drittletzten.

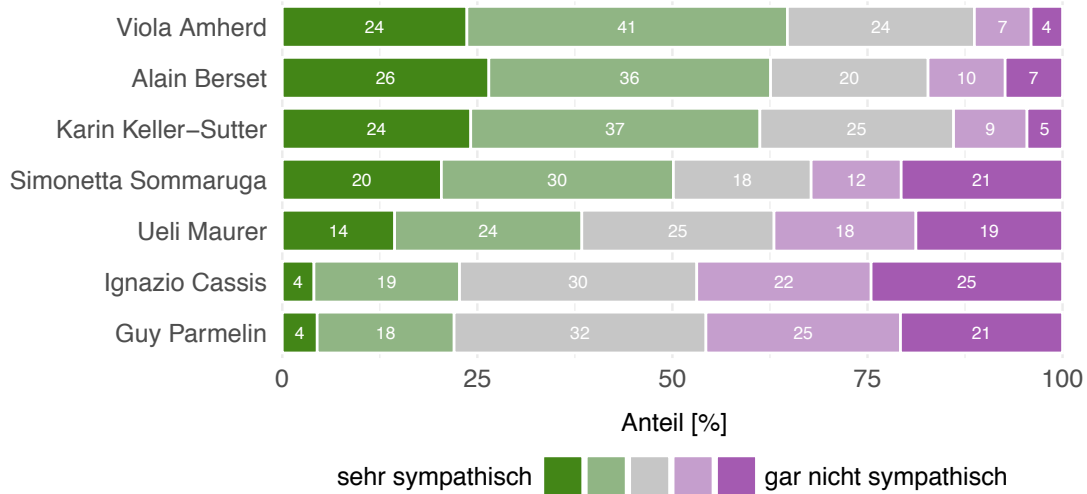


Abbildung 32: Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie

Anders als das Einfluss-Ranking unterscheidet sich das Sympathie-Ranking relativ deutlich zwischen den Wählenden der Parteien. Bei allen vier Bundesratsparteien liegt ein Bundesrat der eigenen Partei an der Spitze.

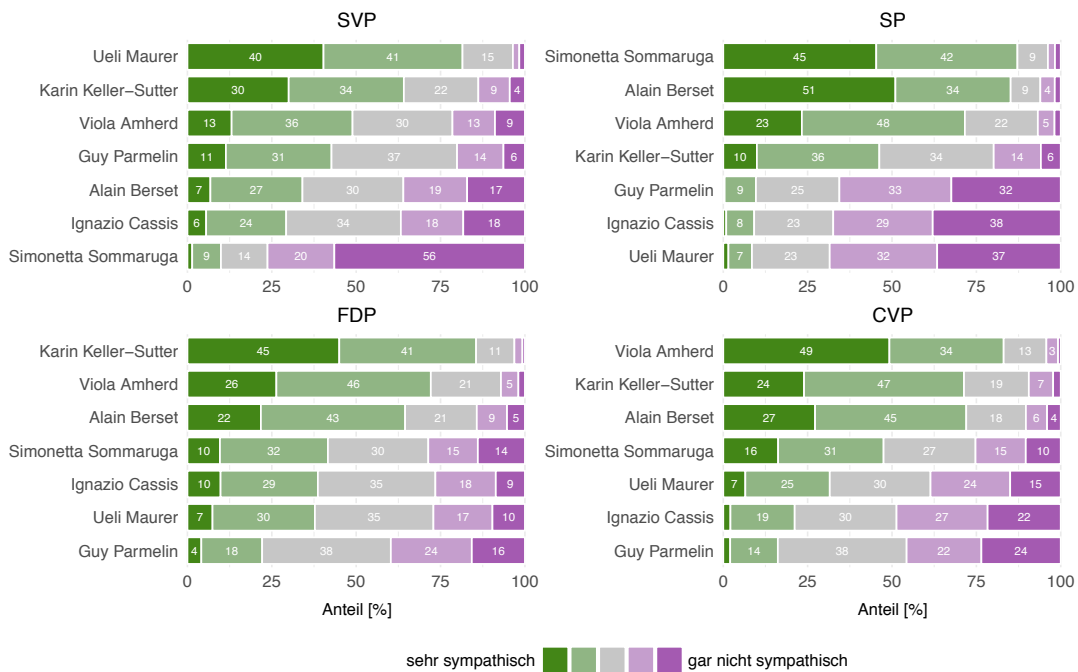
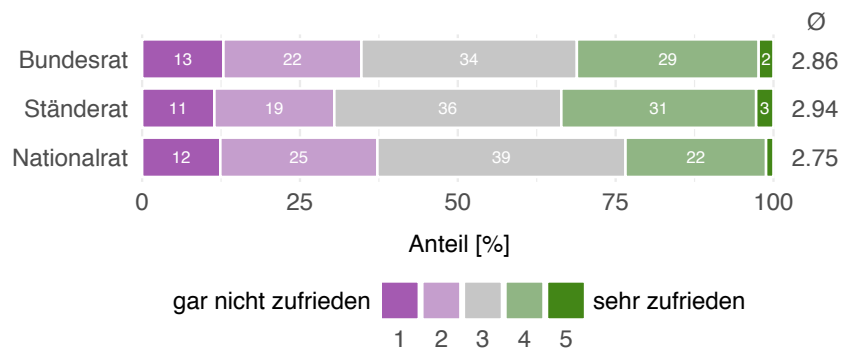


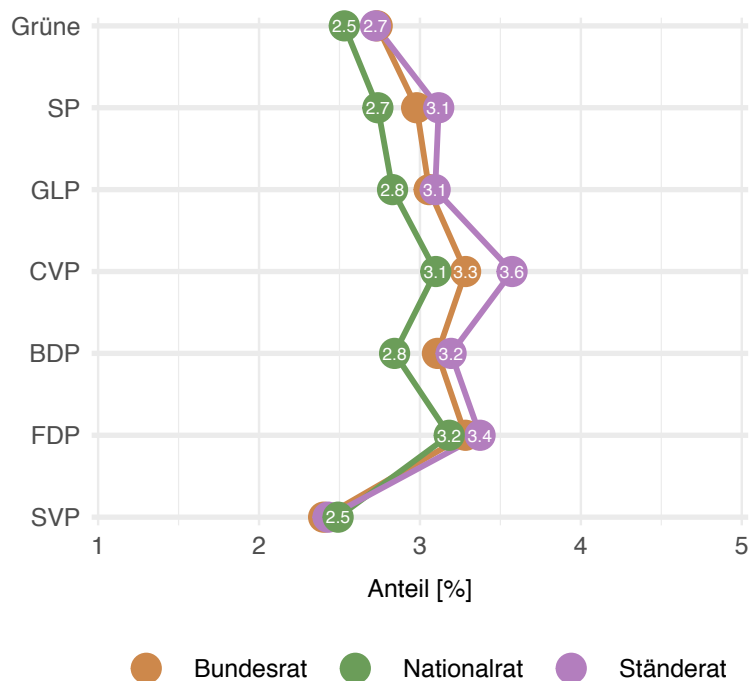
Abbildung 33: Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie – nach Parteiwählerschaft

## 5.2 Zufriedenheit mit dem Ständerat am grössten



**Abbildung 34:** Zufriedenheit mit der Arbeit von Bundesrat und Parlament in der aktuellen Legislatur

Gegenwärtig ist die Stimmbevölkerung mit der Arbeit des Ständerats am meisten zufrieden. Abbildung 34 zeigt die Einschätzung der Arbeit des Bundesrats und der beiden Parlamentskammern auf einer Skala von 1: «gar nicht zufrieden» bis 5: «sehr zufrieden». Während der Ständerat einen Durchschnittswert von 2.94 erreicht, liegt der Wert des Nationalrats bei 2.75 – dies ist der tiefste Wert der drei Kammern. Die Einschätzung des Bundesrats liegt mit einem Wert von 2.86 dazwischen.

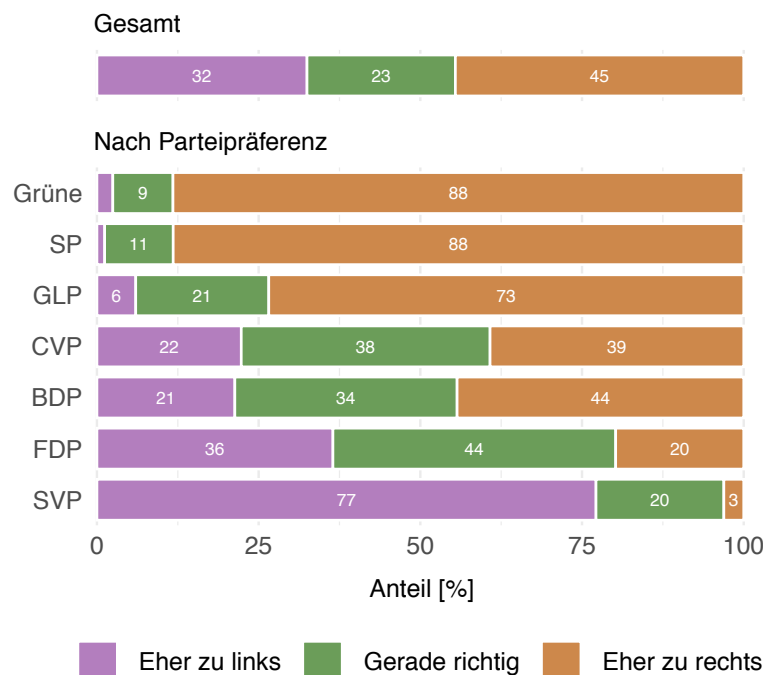


**Abbildung 35:** Beurteilung der Arbeit von Bundesrat und Parlament in der aktuellen Legislatur – nach Partei

Doch wie zufrieden sind die Wähler und Wählerinnen einzelner Parteien mit der Arbeit von Bundesrat und Parlament? In Abbildung 35 wird ersichtlich, dass die Arbeit des Nationalrats bei den Wählenden fast aller Parteien vergleichsweise am schlechtesten eingeschätzt wird. Einzig bei der Wählerschaft der SVP verhält sich dies umgekehrt. Dort kommen wiederum der Bundes- und der Ständerat verhältnismässig schlecht weg. Dies überrascht nicht, da die SVP besonders im Nationalrat stark vertreten ist. Spannend ist auch, dass insbesondere die Wähler und Wählerinnen der Polparteien (Grüne und SVP) im Durchschnitt die Arbeit aller drei Gremien etwas schlechter einschätzen als die Basis der restlichen Parteien.

### 5.3 Einschätzung der politischen Ausrichtung der Räte

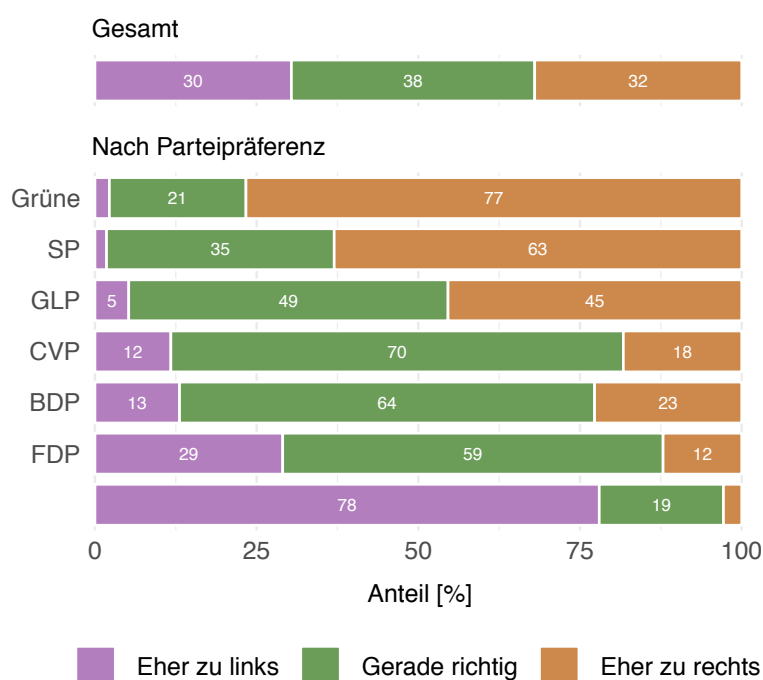
Wie schätzen die Wählenden die politische Ausrichtung der gewählten Behörden heute ein? Die Befragten wurden gebeten, die aktuelle politische Ausrichtung der beiden Parlamentskammern sowie der des Bundesrats einzuschätzen. Sind diese eher zu links, eher zu rechts oder politisch gerade richtig ausgerichtet?



**Abbildung 36:** Beurteilung der ideologischen Position des Nationalrats – nach Partei

Für 45 Prozent der Wählenden ist der Nationalrat in der laufenden Legislatur politisch eher zu rechts ausgerichtet. 32 Prozent sind der Ansicht, er politisiere eher zu links. Nur gerade 23 Prozent sind der Meinung, dass die politische Ausrichtung gerade richtig ist.

Wenig erstaunlich ist, dass unter den Wählenden der Polparteien der Nationalrat jeweils in grossen Mehrheiten als zu rechts (SP, Grüne) oder als zu links (SVP) wahrgenommen wird. Trotzdem finden noch 20 Prozent der SVP-Wählenden, der Nationalrat sei politisch gerade richtig ausgerichtet. Dieser Anteil ist bei Grünen (9 %) und SP (11 %) kleiner. Dies deckt sich auch damit, dass Wählende der Mitteparteien GLP, CVP und BDP den Nationalrat in der Tendenz auch als eher zu rechts ausgerichtet erachten. Einzig von der FDP-Basis, die in der aktuellen Legislatur am häufigsten die Rolle der Mehrheitsmacherin im Nationalrat wahrnimmt, ist ein grosser Anteil von 44 Prozent zufrieden mit der politischen Ausrichtung des Nationalrats.

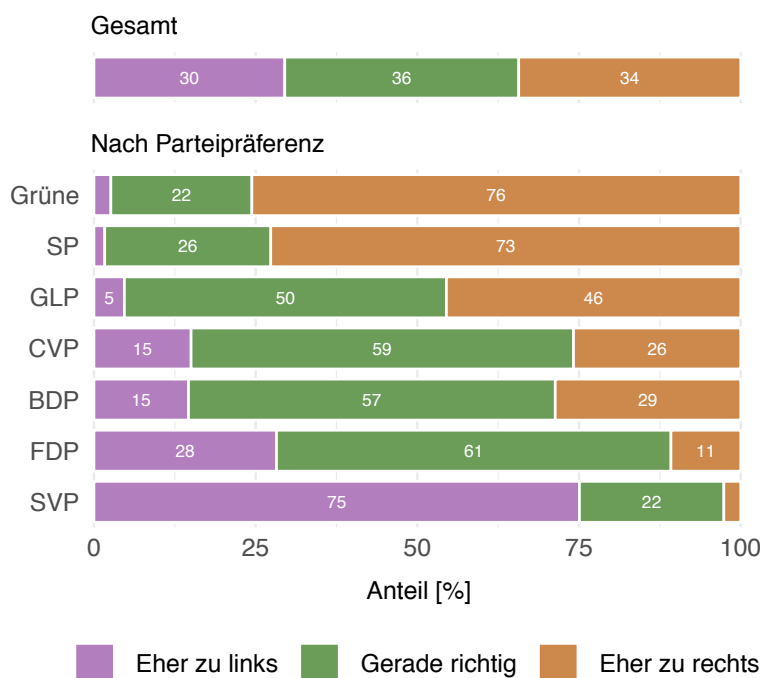


**Abbildung 37:** Beurteilung der ideologischen Position des Ständerats – nach Partei

Anders als im Nationalrat macht im Ständerat immer noch klar die Mittepartei CVP die Mehrheit. Aufgrund der Personenwahl ist hier die SVP schwächer vertreten als im Nationalrat. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Stimmberechtigten die politische Ausrichtung des Ständerats anders einschätzen als die des Nationalrats. Nur 32 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass der Ständerat zu rechts positioniert ist. Dennoch gilt nicht der Umkehrschluss: Während 31 Prozent den Nationalrat als zu links einschätzen, tun dies beim Ständerat sogar nur 30 Prozent. Das auf der rechten Seite häufig gezeichnete Bild des «linken Ständerats» verfängt hauptsächlich bei der SVP-Basis. Von den SVP-Wählenden stimmen dieser Aussage 78 Prozent zu. Obwohl sich die FDP im Ständerat aufgrund der Mehrheitsverhältnisse weniger leicht durchsetzen kann als im Nationalrat, sind es nur 29 Prozent der Wählenden der FDP, die den Ständerat als zu links beurteilen.



Auffällig ist, dass insgesamt mit 38 Prozent vergleichsweise viele angeben, der Ständerat sei genau richtig positioniert. Offensichtlich wird die kleine Kammer als weniger ideologisch wahrgenommen als die grosse. Am deutlichsten trifft dies auf die Wählenden von CVP, BDP und FDP zu, wo jeweils eine deutliche Mehrheit, der Ständerat sei genau richtig positioniert.



**Abbildung 38:** Beurteilung der ideologischen Position des Bundesrats – nach Partei

Der Bundesrat wird durch die Befragten häufiger als zu rechts ausgerichtet eingeschätzt (34 %) als zu links ausgerichtet (30 %). Diese Asymmetrie zeigte sich erstmals nach der letzten Ersatzwahl im Rat. Dennoch gilt es festzuhalten, dass die Ansicht, der Bundesrat sei zu rechts, weit von einer Mehrheitsmeinung entfernt ist (anders als die Ansicht, der Nationalrat sei zu rechts).

## 6 Datenerhebung und Methode

### Datenerhebung und Stichprobe

Die Datenerhebung zum SRG SSR Wahlbarometer fand zwischen dem 19. und dem 25. August 2019 statt. Die Befragung erfolgte online. Die Rekrutierung der Befragten fand einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von sotomo statt. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 17 128 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden.

### Repräsentative Gewichtung

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-1,2 Prozentpunkten.

